

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtsblätter 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen- und Festtagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Redaktions-Kasse: „Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis vierteljährlich: 1,10 Mk., monatlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Voll-Abonnement: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Lungau 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 11. September 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:
Ablerhof, gefundene Parteibonds v. P. 2. 0,85. Kachen, Dittis 8.—, Alt-Warthau i. Schl., socialdemokratischer Verein 20.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 500.— (darunter Tischlerei von Dunsch, Schleiferei 20 40,00, Bau Potsdamerstr. 11 durch Langer 20.—, 9. Gruppe gef. Gneisenaustraße 1,50). 3. Kreis 1000.— (darunter H. Hg., Dresdenerstraße, zum Wahlfonds 8.—, Buchwald vom Tischlerverein 6.—, Vierprozentige vom Bau Potsdamerstraße 10/11 durch Ping 20.—). 4. Kreis (Osten) 3000.— (darunter von den Arbeitern der Möbelfabrik Kummel 50.—, Munition zum neuen Kampf und Sieg von den Tischlern der Firma Fulle, Fruchtstraße 35 25.—, ehemaliger Verein „Hoffnung“ 6.—, Frausegel 6.—, Möbelfabrik Großhans 42,25, aus der Sechserklasse von Pfaff, Fruchtstraße 63 7.—). 4. Kreis (Südost) 4000.— (darunter F. G. 5.—, Vierprozentige v. d. Maurern am Bau Linstr. 2 9.—, Unbekannt 100.—, gef. am Stammisch bei Bachmann 1,50, Tischlerei von Wolf, Waldemarstr. 27 30.—, Statlub „Revolution“ 15.—, Superkolonne Frühling 4,25, Schleifer der Firma Gebr. Krüger u. Co., Köpenickerstr. 6, 110. Stadtbezirk 12.—, Kündtause eines „Glenden“ 3,50, Vierprozentige der Laternenfabrik Brinzenstr. 22 10.—, Kaufmann aus Kanada 10.—, Landpartie Bachmann 2,05, vergessene Beiträge Mantelstraße 10.—, Ueberführung der Vertrauensleute von J. C. Pfaff, Saal II 5.—). 6. Kreis 5000.— (darunter: Vierprozentige von den Arbeitern der Firma Schaubert u. Werth 5,10, Ueberführung v. Entenfeld Kügener- und Swinemünderstrassen-Ecke 1,05, Junggelesen-Abstieg in „Südost“ 8.—, Ueberführung der Vierklasse von Werth u. Co., Greifswalderstraße 5,32, Werkstatt Gelsch Kronenstraße 10.—). Berlin, diverse Beiträge: Cigarrenfabr. N. Schulz, Friedrichsfelderstraße 6,20, Ueberführung der Dampfpartei, Giesing, der Glaser durch Th. Nixdorf 10.—, Vierprozentige der Bauhilfsvereine von Mertens, Turmstr. 53, 43,60. Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Köhler u. Co., Charlottenburg, als Ueberführung der Landpartie 11.—, Dr. L. A. Juli und August 200.—, Superkolonne Emil durch F. 7,80, L. u. H. V. 10.—, vom Centralverband der deutschen Brauereiarbeiter, Sekt. I 25.—, Möbelpolierer durch G. V. 9,60, Gef. von 6 Tabakarbeitern Cigarettenfabr. Schlemmerstraße 4,00, Gef. von einigen Eisenbahnarbeitern der Werksstätten-Inspektion I Berlin 10.—, Junggelesen 10.—, Gef. auf roter Hochzeit, Plan-Isler, für Landtagswahl 3,50, Ueberführung vom Sommerfest der A.-G.-G. 276,80, Beitrag zur Landtagswahl v. 4 Heilenarb. aus d. VI. Kreise 1,55, F. G. 25,55, Vierprozentige der Arb. der Firma Schaubert u. Werth 2,35, Ueberführung d. Kranzsp. der Arb. der Firma Schaubert u. Werth 6,20, Die Contobuchhalter vom Wedding 5.—, Auktion einer Kleiderbörse d. J. Fischer, Dorotheenstr. 2, Nr. 5.—, Klub S. W. durch G. Krenzlin 6,40, Gesangverein „Lied hoch“, Ueberführung des Fingerringes in Weimanns Volksgarten 35,90, Munition zum Kampf für Recht u. Wahrheit 9.—, Racheles, Juli und August 10.—, Gef. v. d. Land- u. Betriebsarbeitern der Irrenanstalt Herzberge zur Reichstagswahl 6,15, Jassy 0,90, Mitglieder der U.-Dr. zwei Raten 9,85, Vierprozentige von Junge, zwei Raten 12.—, Kleinschmidt 3.—, Lotterieklub „Recht viel“, Raunhynstr. 30, 10.—, Gohn 2.—, Stammtisch C. Suberg 2,70, Verband städtischer Arbeiter, Filiale Schmargendorf 23,05, Von Schaubert u. Werth 3.—, F. Lemle, Charlottenburg 2.—, Schwarzbrod für die Parteikasse 2.—, C. D. Gubrau 1.—, Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Buchdr. Vorwärts, Abt. Buchbinderei 10.—, Zur Landtagswahl v. d. Superkolonne v. Von Langendort durch Wimanowski 4.—, A. V. 50.—, P. S. 60.—, Vern 50.—, Brandenburg a. H., Reichstagswahl Kreis Brandenburg-Besthavel 500.—, Bremen, Maschinenpers. der Bremer Kreis Brandenburg-Besthavel 500.—, Bremen, Maschinenpers. der Bremer „Bürgerzeitung“ 14,80, Bockhold i. B., von 2 roten Kündtaufen in Pinnerdorf 6 2,80, von den Vert. J. P. 7.—, Bau, Wahlverein 2, Duartal 03 262,80, Breslau, socialdemokratischer Verein 50.—, Baden-Baden, J. P. —30, Chemnitz, 16. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 2000.—, Göln-Stadt, socialdem. Verein 2, Duartal 03 55.—, Eöpenick, Vierprozentige v. d. Maurern, Bau Kurzestraße, zur Stärkung des Wahlfonds durch H. Damm 4,10, Dresden A., socialdemokratischer Verein 1200.—, Elbing, Rückzahlung nicht gebrauchter Wahlgelder 300.—, Halleberg (Derschl.) 2.—, Jülich i. W., v. d. Gen. d. 19. städt. Distriktes 14,50 (darunter als Ueberführung eines Tanzvergütens 10.—), Heidenheim, S. d. B. 19,80, Jülich i. W. durch Sch. 37,75 (darunter v. „Wahlbedamla“ 34.—, v. roten Kündtaufen 2.—, v. Staniol-Sammler 1,75), Friedmann b. Berlin, v. d. Arbeitern der Firma Klemme 5.—, Gotha, durch den Vertrauensmann 30.—, Großherzogtum Hessen 302.—, Götting, Rückzahlung nicht gebrauchter Wahlgelder 101,43, Gießen, E. R., 3 Monate 80.—, Hamburg, 3. Kreis 8000.—, Hartha i. S., 10. sächs. Reichstags-Wahlkreis, Ueberführung von der Reichstagswahl 500.—, Hamburg, im Monat August in der Redaktion des „Echo“ eingegangen 254,52, Kiel, v. 7. sächs. Wahlkreis 1000.—, Ludentwade, Rufus 2 Raten 10.—, Ludentwade, Rückzahlung von Wahlgeldern 120.—, Linha Brazil Rio Grande do Sul, durch Gustav Kührich 15.—, Meisen-Großhain, 7. sächs. Reichstags-Wahlkreis 200.—, Markredwitz, für den Wahlfonds gesammelt 1,70, Rhlau i. S., gesammelt auf einer Hochzeit 1,50, Magdeburg, von den Parteigenossen durch P. 3000.—, Mühlhausen i. E., Einzelmitgl. der socialdemokratischen Partei Deutschl. 10.—, Nürnberg, G. u. R. 4.—, New York, durch die „New Yorker Volksztg.“ letzte Rate 80,80, Oberstein a. R., Volkverein 2, Duartal 4,60, Peilau, Nr. Reichenbach i. Schl., socialdemokratischer Wahlverein 5.—, Renscheid, v. d. Jug.-Jug.-Gesellschaft durch Dr. D. 2,50, Ritzgenhain, Arbeiter-Bildungsverein, 2 Raten 6.—, Raudow-Greifenhagen, socialdemokratischer Wahlverein, 2. Quart. 03 100.—, Schriesheim, v. d. Parteigenossen für Unterstützungszwecke gesammelt 9,80, Stralburg i. E., Altvater 5.—, Spandau, Superkolonne Kerber durch Lemme 5.—, Seidau, J. R. 170.—, Stuttgart, G. II. 10.—, Sagan, von zwei Leitenden (P. u. 2.) 1,50, Solingen, vom Kreisomitee 30.— (darunter v. Volkverein Solingen 15.—, desgleichen v. Volkverein Gräfrath 4.—), Triberg, Arbeiter-Wahlverein 10.—, Teltow-Weeslow-Charlottenburg, Kreis-Wahlverein 100.— (darunter Pfaffenpuffer Bau Schindl, Kurfürstendamm 7.—, Superkolonne Thielcke 4,00, Geburtstagsgebende Frau Dielele, Wilmersdorf 7,90), Wübiter, von P. R. der Polizei zum Trug, der

Partei zum Schutz 5,50, Waldheim i. S., v. Wahlverein 50.—, Württemberg 300.—
In Nummer 180 des „Vorwärts“ vom 5. August d. J. muß es in der Parteiquittung unter den Berliner diversen Beiträgen nicht heißen: „Einige Arbeiter der Firma Köst u. Wein, sondern Köst u. Wein 5,50.“
Berlin, den 10. September 1903.
Für den Parteivorstand:
K. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Die Einheit der Aktion.

Am Sonntag vor acht Tagen haben wir nach einer Uebersicht über die historische Entwicklung der socialdemokratischen Taktik unsere Meinung dahin ausgesprochen, daß unsre Partei seit dem Beschluß der Beteiligung an den Landtagswahlen die letzte Unklarheit über das taktische Grundgesetz überwunden hat, daß über unsre Taktik jetzt vollkommene Einheit herrsche, und daß die Vicepräsidenten-Frage überhaupt kein ernsthaftes taktisches Problem sei. Daher mühten taktische Debatten, die sich an die Vicepräsidenten-Frage anspinnen, nottöndig unfruchtbar und unerquicklich werden und leicht in persönlichen Streit ausarten. Die drei Millionen Wähler des 16. Juni aber hätten vor allem das Recht, daß der Parteitag von unsren nächsten und dringendsten Zukunftsarbeiten spricht.
Unser Artikel hat neben weitestcr Zustimmung auch hier und da sonderbare Deutungen gefunden. Der schwerste Vorwurf und das zugleich schwerste Mißverständnis war, daß wir den Rat erteilen wollten, Gegenseite in der Partei zu vertuschen. Diese Anklage ist gegen einen Artikel erhoben worden, der den Vicepräsidenten-Einfall und zugleich gewisse staatsmännische Neigungen, die keineswegs mit staatsklugen Urteil identisch sind, in schroffster und eindeutigster Weise ablehnte. Man schreibt, wir hätten plötzlich vergessen, daß es Meinungsvielfachheiten in der Partei giebt. Wir haben einen solchen lächerlichen Versuch so wenig unternommen, daß wir im Gegenteil auf diese Differenzen hingewiesen haben, nur war und ist es unsere Meinung, daß Anschauungen einzelner Parteiführer und Parteischriftsteller nicht die Partei oder auch nur Richtungen der Partei darstellen. Wir haben anßerdem gar nicht von theoretischen Diskussionen über unser Programm gesprochen, sondern wir haben lediglich das taktische Grundproblem aller Parteipolitik, die einheitliche Verbindung und Verschmelzung principieller Forderungen mit praktischer Arbeit, erörtert und behauptet, daß für die deutsche Socialdemokratie dies Problem, in seinem Grundsatze, wenn auch nicht in allen Einzelanwendungen, vollständig gelöst ist, und daß es in dieser Hinsicht für uns keine alte und neue Taktik mehr gebe, sondern nur noch die Taktik. Wir haben die Einheit der socialdemokratischen Taktik nicht in dem Sinne behauptet, daß nun alle Parteigenossen in allen Fragen derselben Meinung seien, sondern wir haben dargelegt, daß nach einem menschenalter taktischen Kampfes die deutsche Socialdemokratie in ihrer großen, starken und sicheren Gesamtkraft sich zu der einheitlichen taktischen Grundkenntnis durchgerungen hat.
Von der Zeit, da man selbst über die Nützlichkeit der Beteiligung an den Reichstagswahlen diskutirte bis zu dem Mainzer Beschluß der Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen, rangen unablässig zwei historisch überkommene taktische Richtungen miteinander, die allerdings immer mehr zu bloßen taktischen Stimmungen sich verflüchtigten: die einer demonstrativen und protestierenden Abstinenz gegenüber allen Institutionen der bürgerlichen Politik und die, welche überall nach praktischer Mitarbeit drängte. Diese beiden Richtungen gab es, aber sie existirten nicht mehr. „Wir haben“ — so heißt es in unserem Artikel — „die volle Einheit zwischen principieller und praktischer Politik gefunden. Wir haben gelernt, jeden Vorteil für das Proletariat zu greifen, ohne auch nur ein Jota unsrer Forderungen als Kaufpreis dazugeben. Wir arbeiten auf allen Gebieten, bohren uns in alle Institutionen hinein, aber wir denken nicht daran, das Erstgeburtrecht unsrer demokratischen und socialistischen Forderungen um Augenblicksvorteile willen zu verschachern und preiszugeben. Das ist die klarbewusste Taktik der Socialdemokratie, die nicht die gute alte ist, die aber auch keiner Revisionen mehr bedarf.“ Wir fügen hinzu: Das ist die Einheit unsrer Partei. Nun wird freilich behauptet, es gebe Leute, die diese mühsam errungene Taktik doch revidirten wollten, welche die praktische Arbeit durch Preisgabe der Prinzipien erkaufen wollten. Gelegentliche unbedachte und unklare Aeußerungen Einzelner könnten solchen Verdacht nähren, aber daß in der Parteikraft solche Tendenzen zu irgendwie greifbarem Ausdruck gelangt seien, vermögen wir auch nicht durch eine Thatfache zu belegen. Eine solche neue Taktik würde ja auch die durch die Erfahrungen von mehr als dreißigjähriger Arbeit errungene Einheit von principieller und praktischer Politik zerstören und die Partei in das Chaos der reinen sogenannten praktischen Politik stürzen, die, historisch aufgefahrt, die unpraktischste ist. Die bloße Erfolgspolitik, die durch Konzessionen dem Tag zu entfliehen sucht, was die Zeit noch nicht gewähren kann, heißt die Zeit um des Tages willen opfern. Die Socialdemokratie hat wahrlich keine Neigung, die tägliche Verfallspolitik des bürgerlichen Liberalismus nachzuahmen. Die kurzfristige Erfolgspolitik, welche eine geschichtliche Mission in die dummschlauen Praktiken des Viehhandels auflösen will, ist schließlich doch nur die schillernde Politik endgültigen Mißerfolgs. Wir können aber nirgend in der Partei eine Tendenz erkennen, die auf solche Auflösung jener einheitlichen Taktik hinarbeitet. Und sollten einzelne schriftstellerische Aeußerungen selbst so gedeutet werden können, ist dafür die Partei verantwortlich? Ruß das gleich eine „Richtung“ darstellen?
Es ist von niemand auch nur der Versuch unternommen, unsre Beweisführung über die Entwicklung der socialdemokratischen Taktik

von einer widerstrebenden Zweifelt zur klaren, widerspruchsfloßen Einheit zu widerlegen. Allerdings bestreitet Weibel in seinem im „Vorwärts“ auszugswiese mitgetheilten Parteitags-Artikel der „Neuen Zeit“ die Richtigkeit unsrer historischen Erinnerungen. Er meint: In dem Leitartikel des „Vorwärts“ vom 30. August: „Neue Taktik“ wird unter andren kühnen Behauptungen auch die aufgestellt:
„Ende der sechziger Jahre stand noch selbst die Be- thätigung unsrer Partei an den Reichstagswahlen in Frage. Und als man sich halb widerwillig dazu entschlossen, hielt man es mit den demonstrativ-agitatorischen Zwecken für unvereinbar, gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien Besuche zu machen, sich etwa mit Anträgen an der Gewerbe-Ordnung zu beteiligen. Diese Starrheit (die „Neue Zeit“ drückt fälschlich Nartheit!) wurde zwar beschloßen, aber nie durchgeführt.“
Es ist nie auch nur eine Sekunde lang bestritten worden, sich an den Wahlen zu beteiligen, und nie ist ein Versuch gefahrt worden, mit den bürgerlichen Parteien gemeinsam Besuche zu machen. Es fehlt gerade noch, daß das Centralorgan der Partei in letzter Stunde zu dichten anfängt.
Weibel irrt und das Centralorgan hat nicht gedichtet. Wenn freilich Weibel der Meinung sein sollte, daß unsre historische Erinnerung seine eigne frühere Taktik treffen sollte, so hat er ein Recht darauf, eine solche Behauptung zurückzuweisen. Weibel selbst ist von Anfang an, mit geringen, aber durchaus natürlichen Schwankungen, der Repräsentant und Meister jener einheitlichen Taktik gewesen. Er ist ja wegen dieser Vereinigung von kühner und unbereubarer principieller Politik mit kluger, unablässiger praktischer Arbeit oft genug unter die „Opportunisten“ geworfen worden, und er selbst bekennt noch in seinem einheitlichen Parteitagsausspruch: „Opportunisten sind wir alle. Keiner von uns will mit dem Kopfe durch die Wand. Aber es ist ein Unterschied, ob ich den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung trage, dabei aber, ohne meine grundsätzliche Auffassung aufzugeben, dem Gegner nur soweit entgegenkomme, als ich absolut muß, um eine wertvolle Konzession zu erlangen, zu der ich ihn zwingen, oder ob ich um einer Lappalie wegen, oder um einem Phantom nachzugehen, mich dem Gegner an den Hals werfe, oder mich bloßstelle, um eine Scheinkonzession zu erlangen oder jedenfalls nur eine solche, die ich ohne Zustimmung auch verlangte.“ Das wird heute jeder deutsche Socialdemokrat Wort für Wort unterschreiben, aber es hat Zeiten gegeben, wo man derartige Anschauungen für höchst gefährliche Revision der guten alten Taktik erklärt hätte.
Darin aber irrt Weibel, daß er meint, jene von uns erwähnten taktischen Erscheinungen seien in den Anfängen der deutschen Socialdemokratie nicht vorhanden gewesen. Wir haben wirklich nicht gedichtet. Es wird uns wohl gestattet sein, uns zum Beweise auf Wilhelm Liebknecht zu berufen, der 1899 — also in einer Zeit, wo die Vorgänge noch frisch in seinem Gedächtnis haften — über jene taktischen Meinungsverschiedenheiten erzählt:
„Hat die Demokratie überhaupt zu dem „Reichstag“ zu wählen? Ob wählen oder nicht wählen, ist bei allgemeinem Stimmrecht nur eine Frage der Nützlichkeit, nicht eine Principienfrage. . . Von diesem Gesichtspunkt sahren wir in Sachen der Berufung des „Reichstags“ die Sache auf. Ein Teil war aus Nützlichkeitsgründen gegen, ein anderer für das Wählen. Für das Nichtwählen wurde geltend gemacht, daß es dem Volk die Rechtslosigkeit klarer zum Bewußtsein bringe, für das Wählen, daß bei Enthaltung der Demokratie die Gegner in den alleinigen Besitz der Rednertribüne gelangen, allein das Wort haben würden, und so leichter das Rechtsgefühl des Volkes verwirren könnten. Diese Erwägung schlug durch — man entschied für das Wählen. Meine persönliche Ansicht ging dahin, daß die von uns gewählten Vertreter mit einem Protest in den „Reichstag“ eintreten und ihn dann sofort wieder verlassen sollten, ohne jedoch ihr Mandat niederzulegen. Mit dieser Ansicht blieb ich in der Minorität, es wurde beschloßen, daß die Vertreter der Demokratie jede ihnen passend dünkende Gelegenheit benutzen könnten, um im „Reichstag“ ihren negirenden und protestirenden Standpunkt geltend zu machen, daß sie sich aber von den eigentlichen parlamentarischen Verhandlungen fernzuhalten hätten, weil dies eine Anerkennung des Nordbundes und der Bismarckschen Politik einschließt und das Volk nur über die Thatfache täuschen kann, daß der Kampf im „Reichstag“ bloß ein Scheinkampf, bloß eine Komödie ist. In dieser Richtung haben wir in der ersten und zweiten Session des „Reichstages“ festgehalten. Bei Beratung der Gewerbe-Ordnung, welche den Hauptgegenstand der gegenwärtigen Session bildete, glaubten einige meiner Parteigenossen in Interesse der Arbeiter und zu propagandistischen Zwecken eine Ausnahme machen zu müssen. Ich war dagegen. Die Socialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht. Mit principiellen Gegnern verhandeln, heißt sein Princip opfern. Principien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste principielle Konzession ist die Aufgebung des Princip. Wer mit Feinden parlamentirt, parlamentirt; wer parlamentirt, pactirt.“
Jeder Leser vermag danach zu beurteilen, ob der „Vorwärts“, als er jene alten Differenzen erwähnte, „gedichtet“ hat. Wir würden es unterlassen, uns gegen den unbedeutenden Angriff zu verteidigen, wenn nicht in einer seltsamen, wenn auch für die Kenner wohlverständlichen Begriffsverwirrung ein Parteiblatt, jedesmal, wenn der „Vorwärts“ eine überflüssige Wolamit zu vermeiden sucht, uns des „Veruschens“ beschuldigt. Also veruschens wir nicht!
Das ganze Altematerial jener Zeit beweist, daß Liebknecht damals die Parteirichtungen guttrefend gekennzeichnet hat. Auf dem

Stuttgarter Parteitage (1870) stellte die Rechte des allgemeinen Wahlrechts noch unter das Dreiklassen-Wahlrecht. In der Resolution aber, die angenommen wurde, zeigte sich bereits in ähnelnder interessanter Weise, wie die beiden Richtungen zur Versöhnung strebten, indem sie zunächst einen Kompromiß schloßen. Die Abgeordneten wurden zwar angewiesen, sich negativ zu verhalten und jede Gelegenheit zu benutzen, die Verhandlungen beider Störpersonen in ihrer ganzen Wichtigkeit zu zeigen und als Komödienspiel zu entlarven, aber dieses Prinzip wurde sofort eingeschränkt durch ein eingetragenes „im großen und ganzen“; die Abgeordneten wurden zugleich verpflichtet, parlamentarisch, „so weit es möglich, im Interesse der arbeitenden Klasse zu wirken“. Hier steht der Keim der damals neuen Taktik.

Aber die alte Richtung blieb bestehen. In einem Briefe aus Hubertshausen vom April 1874 beschwert sich Veibel über eine sozialdemokratische Forderung, daß jeder ein Bismärcker sei, der im Reichstage einen Antrag stelle und dafür stimme. Danach gehörten wir ja alle, schreibt Veibel, in diese Kategorie. Man sieht, es ist in der Partei immer Sitte gewesen, bestimmte Handlungen oder Anschauungen nicht nach ihrem eignen inneren Gehalt zu prüfen, sondern sie durch irgend eine Aufschrift zu versehen. Damals sprach man von Bismärckern, heute würde man vielleicht von Revisionisten reden, obwohl die also gekennzeichneten damals weder mit Bismarck, noch heute mit irgend einer Revision etwas zu thun haben. Die abstinens-demonstrative Strömung dauerte bis in unsere Tage. Im Kampfe der Unabhängigen lobte sie empör, in Mainz erlösch der letzte Funke. Seitdem sind wir einig in dem Grundgedanken unserer Taktik und also einig in der Aktion. Das ist kein Verstoß, keine gefährliche Friedensspielerei, sondern die einfache Feststellung einer Thatsache. Es scheint bei manchen Genossen schon eine Art Parteivertrag zu sein, wenn der „Vorwärts“ behauptet, was auf allen Parteitagungen verhandelt worden ist: daß wir einig seien. Wir haben diese stolze Versicherung niemals für eine Komödie gehalten, sondern für ernsteste Wahrheit. Es wäre ein außerordentlich verdienstvolles Werk, wenn wir ein Buch über die Geschichte der Taktik der deutschen Sozialdemokratie erhielten. Eine solche Schrift würde uns vor manchen abirrenden und unnötigen Diskussionen bei neu auftauchenden taktischen Fragen bewahren.

Unsere geschichtlichen Erinnerungen sind nicht unnütz. Sie sollen zeigen, wie wirklich die taktische Meinungsverschiedenheiten geartet sind, über die Aussprache, Klärung und Entscheidung eine Lebensnotwendigkeit für die Partei ist. Wir beharren aber dabei, daß die Vicepräsidenten-Frage, in ihrer deutschen Gestaltung, nicht zu diesen taktischen Problemen gehört, daß es unmöglich ist, an ihr etwaige taktische Differenzen zum Austrag zu bringen, und daß deshalb die in Dresden dafür aufgewandte Zeit unnütz verthan sein wird. Das ist kein Rat zu vertuschen, sondern die Mahnung zur fruchtbarsten Arbeit. Jedermann wird nach dem Parteitag urteilen können, ob unsere Auffassung in dieser Hinsicht zutreffend war oder nicht.

Kun ist unser *Kärner* Partei-Organ, das unsrem früheren Sonntagartikel zuerst, fast begeistert zustimmte, über Nacht zu der wunderbaren Vorstellung gelangt, wir wollten den Dresdener Parteitag zu einer Art Katholikentag machen, zu einer Art Goldrio-Chorus über unsern Triumph vom 16. Juni. Wir wählten nicht, wodurch wir den Verdacht einer solchen tollen Absicht begründet hätten. Wir sind lediglich Gegner jeder Hornberger Schleicherei, jedes Dmellen-Kärrns. Wenn sich über wichtige und wesentliche Fragen, beispielsweise über unsere Zukunftsaufgaben, Meinungsverschiedenheiten geltend machen sollten, wenn es sich zeigen sollte, daß über unsere Aktion Differenzen bestehen, so muß ein derartiger Kampf der Richtungen mit aller Schärfe und Entschlossenheit, auch Rücksichtslosigkeit, durchgeführt werden. Wir haben auch nicht das mindeste dagegen, wenn der Parteitag seinen Willen so derb wie er will bekundet, daß wir für eine Zeitlang die ewige Anrufungssucht, wie sie in der Vicepräsidenten-Frage zum Ausdruck kam, satt haben. Aber ein weit ausgesponnenen Klärungsversuch am untauglichen Objekt, von dem jeder von vornherein weiß, daß nichts dabei heraus kommen kann, scheint uns allerdings gerade in der gegenwärtigen Situation, wo wir zweifellos vor vielleicht katastrophischen politischen Entscheidungen stehen, parteischädlich. Wir wollen diesen Parteitag zu keinem Katholikentheater entwerfen, wir wollen aber ihn auch nicht zu einem nutzlosen Streittag werden lassen.

Und wir scheinen wahrlich nicht in der Stimmung zu sein, daß die Erörterung interner Parteidifferenzen in den Grenzen des Forderlichen bleiben würde. Wir erleben ja eben jetzt, was alles zu dem „Range einer Parteidiskussion“ erhoben werden kann. Die gänzlich bedeutungslose „Vorwärts“-Affaire wird nicht nur von der bürgerlichen Presse, deren Verus es ist, ans jedem Nichts eine pikante Sensation aufzublasen, sondern auch von einem Teil der Parteigenossen zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgeführt. Und was ist eigentlich geschehen? Bestimmen wir uns doch: Zwischen der Redaktion des „Vorwärts“ und dem Genossen Veibel ist eine Meinungsverschiedenheit über die Aufnahme zweier Erklärungen entstanden, die sachlich bedeutungslos sind und auf rein persönlichem Gebiete liegen. Niemand wird behaupten, daß die Aufnahme der beiden Äußerungen für die Partei von unbedingter Notwendigkeit gewesen ist. Niemand kann uns das formelle Recht und unter Umständen die Pflicht zu einem solchen Verfahren bestreiten. Es ist zweifellos die Pflicht eines Redakteurs gerade gegen den Einsender selbst, ihn auf eine thatsächliche unrichtige Voraussetzung aufmerksam zu machen, aber die der Redakteur, aber nicht der Einsender unterrichtet war. Gerade Veibel weist der Redaktion ja immer wieder die höchste Aufgabe an, in allen Parteifragen das führende Wort zu sprechen. Und eine Redaktion, der man dieses Vertrauen und dieses Ansehen für würdig hält, soll nicht einmal über die Aufnahme von persönlichen Erklärungen selbständig entscheiden dürfen? Man verpflichtet uns geradezu, „Vormund“ in den ausschlaggebenden Parteifragen zu sein, aber über eine an sich gleichgültige persönliche Polemik zu urteilen, soll nicht zu unsern Obliegenheiten gehören. Jene höchste „Vormundschafft“ nennt man freilich Stellungnahme, und diese Stellungnahme nennt man Vormundschafft. Das ist ein unlösbarer Widerspruch in den Anforderungen an das Centralorgan. Man macht es uns zur Pflicht, die ganze Partei zu „bevormunden“, — oder, wie man es nennt, zu führen —, aber man erklärt es für einen Frevel, mit einem einzelnen Parteigenossen über die Aufnahme einer Notiz zu verhandeln, und es thut wahrlich nichts zur Sache — wenigstens nicht für einen Demokraten — ob dieser Parteigenosse unser größter ist, oder der jüngste und verdienstloseste. Und daß wir materiell im Recht waren, wird man nach Kenntnis der näheren Umstände vielleicht auch noch zugeben. Aber selbst wenn wir einen Mißgriff begangen hätten, welche allgemeine Bedeutung kann solcher Irrtum haben, es müßte denn irgend einer die wahnsinnige Vermutung haben, unser Verhalten sei durch irgend eine geheimnißvolle intrigante Tendenz diktiert worden? Und dennoch ist nun auch diese interne Zeitungsangelegenheit zu einer „Affaire“ geworden, in der, wie man wohl bald lesen wird, sich die Geister der Revolution und der Revision scheiden. Veibel kam mit dem Marmor: die Meinungsfreiheit in der Partei ist unterdrückt, und dieser Marmor wurde noch dazu in einem Blatt

erhoben, das die Abneigung selbst gegen rein sachliche Richtungsstellungen zu einer gewissen Virtuosität angebildet hat. Ja, um alles in der Welt, was hat die redaktionelle Aufschonung über die Nützlichkeits gewisser persönlicher Auseinandersetzungen mit der „Meinungsfreiheit“ zu thun? Hat Veibel in jenen Erklärungen irgend welche Meinung, irgend welche Anschauungen vertreten, die wir der Welt vortragen haben? Ist erst dann die Meinungsfreiheit vollendet, wenn jeder in einem Blatt alles ansprechen kann, was er auf dem Herzen hat? Veibel, dünkt uns, hat da einen sehr gefährlichen Grundsat aufgestellt. Kein Redakteur unternimmt es zu seinem Vergnügen oder aus Bosheit, auf Abänderung oder Verzicht von Einsendungen zu dringen. Und wir haben bereits darauf hingewiesen, die Person des Einsenders kann unter keinen Umständen von ausschlaggebender Bedeutung sein. Der „Vorwärts“ hat schon manchem Sturm standhalten müssen; er trotzte, wenn die ganze Welt ihn mit Schmähungen, daß, Dohn und Drohungen überschüttete. Diesmal lehrt sich die öffentliche Meinung eines Teils unserer Freunde, die doch nicht genau genug unterrichtet sind, wider uns. Wir müssen auch dem standhalten, weil wir von unfrem Recht überzeugt sind. Wir glauben nicht, daß der Partei damit gedient ist, wenn die von ihr erwählten Männer vor jeder Stimmung sich beugen.

So ist auch diese interne, alltägliche Angelegenheit glücklicherweise einer „Aktion“ geworden, wenn wir auch nicht verkennten wollen, daß sie in ihrem Verlaufe gewisse nicht ganz unbeträchtliche Fragen der Demokratie und der redaktionellen Verantwortung aufgeworfen hat. Aber gerade die Beobachtung, wie aus einem Nichts eine gewaltige Diskussion entstehen kann, bestärkt uns in unserer Auffassung, daß es die Aufgabe eines Parteiorgans ist, in allen Parteifragen das Maß für die Wichtigkeit der Dinge richtig abzuschätzen. In dieser Richtung haben wir uns stets bemüht. Das ist unsere Stellungnahme. Und wenn man uns vorwirft, daß wir in Parteifragen keine Stellung nehmen, so meint man ganz etwas anderes; man meint, daß wir nicht die Stellung nehmen, die diesem oder jenem gefällt, sondern eine Stellung nach unfrem eignen Kopf, natürlich innerhalb der Grenzen, die uns das Parteiprogramm, die Parteitagbeschlüsse, der Auftrag unfrem Parteigenossen setzt. Und giebt es eine wichtigere Aufgabe namentlich für ein Centralorgan der größten Partei, als in jedem Einzelfalle abzumessen, ob eine Diskussion, die der Tag, oft der Zufall auswählt, überhaupt wert ist, erörtert zu werden? Muß aus jedem Einfall ein Parteistreit, aus jeder Meinungsverschiedenheit ein Kampf zweier Richtungen werden? Wer sich dagegen stemmt, vertuscht nicht, sondern verhindert Auseinandersetzungen, an die sich schon nach ein paar Monaten niemand mehr gern erinnern mag. Unsre Parteigeschichte ist reich an solchen zwecklosen Epifoden, und je größer unfre Partei wird, je weiter das Echo ist, das jedes unfre Worte findet, um so größer ist die Verantwortung, um so unerlässlicher die Pflicht, die Zeit nur mit dem Notwendigsten zu erfüllen.

Ist nun die Vicepräsidenten-Frage wirklich eine solche taktische Streitfrage, ohne deren weitläufige Diskussion die Partei nicht existieren kann? Wir leugnen das. Es ist eine Debatte des Zufalls, die aus dem Nichts geboren ist. Veibel und Kautsky in ihren vom „Vorwärts“ wiedergegebenen tiefgreifenden Aufsätzen der „Neuen Zeit“ beginnen beide mit der Versicherung, die Frage sei an sich ganz bedeutungslos. Aber beide versuchen dann nachzuweisen, daß sie durch die Umstände von fundamentaler Bedeutung geworden sei. Kautsky rollt zu diesem Behufe die ganze Frage des Ministerial-Kärrns auf. Das ist allerdings ein taktisches Problem erster Art, nur ist seine Erörterung für Deutschland nicht gerade sehr aktuell; die Sozialdemokratie erobert in Deutschland sicher leichter die ganze politische Macht, als daß irgend eine bürgerliche Regierung daran denkt, die Sozialdemokratie mit der Teilnahme an der Regierung zu fördern. Kautsky wie Veibel versuchen die Bedeutung der Frage dadurch zu beweisen, daß sie gerade in der Vicepräsidenten-Frage zwei Richtungen der Partei am greifbarsten manifestieren, und Kautsky beruft sich dabei auf einen Fanatiker des sozialdemokratischen Vicepräsidenten. Selbstverständlich sowohl der, dem ein sozialdemokratischer Vicepräsident ungeheuer wichtig ist, wie der, welcher in der Gegnerschaft gegen einen solchen Plan eine der bedeutendsten Aufgaben sieht, muß zu beweisen bemüht sein, daß das Problem so tief wie möglich liegt.

In Wirklichkeit aber sind die Differenzen der Meinung so geringfügig, daß sich gerade aus diesem Grunde eine nutzbringende Diskussion über taktische Gegenstände nicht führen läßt. Wenn der Gegenstand selbst klein ist, kann die Diskussion nicht groß sein, und wenn die Differenzen der Meinung fast verschwinden, muß die Auseinandersetzung notwendig verstanden.

Es ist schon den Personen nach unrichtig, daß die Vicepräsidenten-Frage ein Symptom der Richtungen ist. Parvus und Vernstein, die Gegenfüßler, begeistern sich beide für den Präsidenten. Andererseits hat sich derselbe Vernstein für den Generalsekretär ausgesprochen; und obwohl diese Frage doch unendlich wichtiger ist als die des Vicepräsidenten, ist es niemand eingefallen, aus dieser Vernstein'schen Anregung eine Richtungsdiskussion zu machen.

Worin besteht aber der Gegensatz? Einig ist die ganze Partei darin, daß wir den Anspruch auf den Vicepräsidenten erheben sollen, obwohl wir ihn nur mit Hilfe der bürgerlichen Parteien erlangen können. In diesem Anspruch steht das wirkliche taktische Problem und darüber sind wir einig. Uneinig sind wir nur über zweierlei:

Erstens über die Bedeutung des Vicepräsidenten; die einen halten ihn für die Partei nützlich, die andern für ziemlich gleichgültig, noch andre, zu denen wir gehören, für eher schädlich als nützlich. Die Entscheidung über diese Differenzen aber ist nicht die Sache einer Richtung, sondern des Urteils über die thatsächlichen Umstände.

Die zweite Differenz betrifft die Hofgänger. Auch hier handelt es sich nicht um eine Prinzipienfrage. Veibel selbst schreibt:

„Stände in der Reichsversammlung, daß die Parteien nach ihrer Stärke die Präsidentenstellen im Reichstag besetzen müssen und diese Präsidenten gewisse Verpflichtungen auch dem Kaiser gegenüber zu erfüllen hätten, dann hätten wir keine Wahl. Aber dann trifft nicht uns der Vorwurf, die wir diese Vorschriften erfüllen müssen, wollen wir überhaupt parlamentarisch thätig sein, sondern diejenigen, die sie machten und damit einen Gewissenszwang ausübten.“

Mit einem Wort: Dergleichen thut man nicht ohne zwingende Not. Würde es sich um Lebensfragen für das Proletariat handeln, so würden wir auch zu Hofe gehen. Diese Meinung Veibels teilen wir und wohl alle Parteigenossen. Auch darüber herrscht Einigkeit.

Die Differenz besteht lediglich in der psychologischen Bedeutung der Hofgänger. Die einen halten sie für eine leere Formalität, die andern gar für eine antimonarchische Demonstration, die dritten für eine Fuldigung. Aber niemand will die Fuldigung, niemand denkt daran, den Monarchen mit der Sozialdemokratie verfeinden zu wollen — das wäre allerdings eine Meinungsverschiedenheit, die ernsthaft wäre und die zum Austrag gebracht werden müßte —, niemand betrachtet auch die Hofgänger als eine Konzeffion an die bürgerlichen Parteien; die Befürworter meinen

vielmehr: die bürgerlichen Parteien werfen uns nur den Strohalm hin, damit wir darüber stolpern, den Gefallen thun wir ihnen aber nicht. So liegt der ganze Unterschied der Meinungen in der Empfehlung einer neuen Taktik, sondern in der Empfindung, mit welcher der Hofgang aufgeföhrt wird. Er ist nicht eine Frage der Taktik, sondern des Takts. Aber über Empfindungen läßt sich nicht mit logischen Argumenten, sondern nur mit psychologischen Vorstellungen streiten — schon deshalb muß eine Diskussion sich ins Wesenlose verlieren. Wir unfrereits meinen, daß Kautsky das ausschlaggebende Motiv in der seinen Bemerkung gefunden hat:

„Nicht, wie die Hofgänger auf Vernstein oder Vollmar oder wen sonst wirken würde; das ist eine höchst gleichgültige Sache, sondern wie sie auf die Masse der Bevölkerung wirkt. Für diese und durch diese treiben wir Politik und nicht für uns als Einzelpersonen. Gilt dieser Grund gegen die Hofgänger für jede republikanische Partei, so gilt er aber besonders für Deutschland und für unsere heutige Situation. Es ist in Deutschland nicht möglich, eine systematische republikanische Propaganda zu entfalten; umjomehr müssen wir uns davor hüten, der Monarchie Konzeffionen zu machen, die von der Bevölkerung als eine Preisgabe unfres republikanischen Standpunktes empfunden werden.“

Wir möchten glauben, daß durch diese Erwägung sich auch die festigten Vicepräsidenten-Schwärmer umstimmen lassen könnten. Aber diese Differenz des politischen Taktes kann nicht zum Anlaß einer großen Debatte über Taktik gemacht werden.

Wir haben oben gesagt, daß das wirkliche taktische Problem in dem Anspruch liegt, in der Frage, ob wir den Vicepräsidenten überhaupt aus der Hand der bürgerlichen Parteien annehmen dürfen. In Frankreich, wo von Hofgänger nicht die Rede ist, giebt es auch eine Vicepräsidenten-Frage. Die Guesdisten halten es für unvereinbar mit den sozialdemokratischen Grundsätzen, daß ein Sozialdemokrat an einem bürgerlichen Präsidium überhaupt teilnimmt. Da finden wir noch jene ältere Auffassung, welche die deutsche Sozialdemokratie überwinden hat. Uns verleidet die Teilnahme am Präsidium lediglich der formelle Zwang zu einer Hofvisite. Für einen Teil der französischen Sozialisten ist es noch eine Frage der Beteiligung an den parlamentarischen Gesellschaften. Dort laßt sich noch unangeleglichen der Gegensatz zwischen prinzipieller und praktischer Arbeit. Und dergestalt ist die Vicepräsidenten-Frage, die für uns deutsche Sozialdemokraten gleichgültig ist, für die Franzosen das, was sie für uns nicht ist, eine Richtungsfrage. Gerade dieser Hinweis auf Frankreich aber beweist auch unfre Behauptung, daß die deutsche Sozialdemokratie das taktische Grundproblem gelöst hat, das man in Frankreich noch nicht überwunden hat.

Und warum muß sich democh die Vicepräsidenten-Frage auch für uns zu einer Aktion aus? Die Erklärung liegt nicht in der Sache selbst, sondern in den Vorgängen der letzten Jahre. Die Wunden der Parteidiskussionen sind nicht vernarbt. Der Meinungszustand ist gewissermaßen zum chronischen Katarth geworden. Jedes Ungefahr bringt die Wunden wieder zum Bluten. Es besteht die Befürchtung, daß manche Parteigenossen innerlich sich der Sozialdemokratie abgewendet haben und wirklich nicht nur eine neue Taktik, sondern auch neue Prinzipien, vielleicht auch Prinzipienlosigkeit wollen. Man mutmaßt, daß sie mit ihren geheimen Gedanken sich noch nicht herauswagen, daß sie erst auf den richtigen Augenblick warten. Ob diese Befürchtung nun berechtigt ist oder nicht — wer kann den Menschen ins Herz sehen! — eine fruchtbarere Auseinandersetzung mit derartigen Elementen ist erst dann möglich, wenn ihr „Revisionismus“ greifbar ist und sich feindselig und zersetzend in die Einheit der sozialdemokratischen Aktion drängt; dann ist der Augenblick gegeben, wo es entschlossen und fest zuzugreifen gilt. Gegen bloß befürchtete Tendenzen aber läßt sich kein Krieg führen. Die Vernichtung jeder Gelegenheit, ob sie nun tauglich ist oder nicht, gegen gewöhnliche Geheimtendenzen einen Feldzug zu eröffnen, muß zu unberechtigtem Mißtrauen, zur Verwirrung, zu ungesundem Streit führen, ohne doch das Mindeste zu nützen. Und deshalb glauben wir nicht an die Heilkraft einer weitläufigen und notwendigerweise ins Kleine sich verlierenden Vicepräsidenten-Debatte und befürchten, daß die Arbeit, die unfre Wähler von uns verlangen, darüber beeinträchtigt werden könnte. Zudem, wo gefährliche Tendenzen Gestalt annehmen, das ist auch unfre Meinung. Bis dahin muß man Geduld üben und mit aller Kraft durch Arbeit und Auffklärung die Partei und die Massen so fest für die sozialdemokratische Weltanschauung erziehen, daß keine Macht mehr sie zu betören vermag, weder von außen, noch von innen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. September.

Herr v. Bobbielski als Handelsvertragsfreund.

Landwirtschaftsminister v. Bobbielski hat sich von Herrn Propffer, dem Oberredakteur der russischen „Wirtschaftswoche“ interviewen lassen und zwar über die Aussichten für das Zustandekommen eines neuen deutsch-russischen Handelsvertrages. Von einer besonderen Vertraulichkeit des Herrn Propffer mit deutschen Verhältnissen zeugt die von ihm aufgewendete Mühe, von Herrn v. Bobbielski tiefgründige Aufschlüsse über einen Handelsvertrag zu erfahren, gerade nicht. Er mußte sich andernfalls selbst sagen, daß der deutsche Landwirtschaftsminister als waschechter Agrarier sich nicht anders äußern würde, als was man fast täglich über die Möglichkeit und den Nutzen eines deutsch-russischen Handelsvertrages in der „Kreuzzeitung“ und dem Wundbes-Intelligenzblatt des großen Agrarpolitikers und Dichters Dertel lesen kann; die Unvergleichlichkeit der deutschen Getreide-Minimalzölle, die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Grenzabsperrung gegen die Vieheinfuhr und die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, eventuell Rußland durch Zollnachlässe auf russisches Petroleum zu entschädigen — nur mit dem Unterschied, daß während diese Zeitungen mehr oder weniger offen erklären, am liebsten wäre ihnen gar kein Handelsvertrag mit Rußland, Herr von Bobbielski als verantwortungsvoller, genialer Staatsmann natürlich allerlei schöne Hoffnungs-aufierungen über das endliche Zustandekommen eines neuen Vertrags anbringen werde. Thatsächlich ist denn auch Herr v. Bobbielski's Auslassung und ein Auszug aus früheren Artikeln der „Deutschen Tageszeitung“, so daß diese denn auch selbst am Schluß ihres Berichtes zu der tiefen Erkenntnis kommt, der Landwirtschaftsminister hätte eigentlich „nichts besonders Ueber-raschendes“ gesagt. Der Minister erklärte nämlich dem russischen Journalisten:

„Die bestehenden Handelsverträge sind von keiner Seite gekündigt worden. Damit ist haben wir drüben dem Wunsch Ausdruck gegeben, unter Vermeidung aller unnötigen Erregung und Schärfe dem gemeinschaftlichen Ziel der Verständigung näher zu kommen. Schon die bloße Wahrnehmung, daß in Rußland und in Deutschland die analogen Bevölkerungs- und Berufsklassen die entgegengekehrten Bestrebungen haben, daß in Rußland die Landwirte als Exportinteressenten dieselbe Rolle spielen, wie bei uns die Industriellen, während die russischen Industriellen dieselben protektionistischen Regungen haben wie die deutschen Landwirte, führt notwendig zur gegenseitigen Anerkennung der subjektiven Berechtigung der erhobenen Forderungen. Man hat Zeit gewonnen, das in Auge zu erwägen, und damit ist die Wahrscheinlichkeit ge-

Womem, daß man die berühmte „mittlere Linie“ finden wird, auf der ein Ausgleich möglich ist. Freilich sind wir an die Nützlichkeiten gebunden, die uns das Parlament auferlegt. Es wäre vergebliche Arbeit, wollten wir einen Vertragsentwurf vereinbaren, von dem wir nicht erwarten dürfen, daß er die Zustimmung des Reichstages finden wird. Wir müssen auch die Direktiven gelten lassen, die in der Festschreibung von Minimalzöllen enthalten sind. Von diesen nachzulassen, sehe ich keine Möglichkeit. Sollte man nach ihrer Andeutung in Rußland besonderen Wert darauf legen, den Unterschied zwischen dem Weizen Zoll und dem Roggenzoll über 50 Pf. für den Doppelcentner hinaus zu erhöhen — ich sehe in diesem Unterschiede ein großes Entgegenkommen unsrerseits gegen Rußland —, so könnte das nur unter Zuneigung der im autonomen Tarif für den Roggenzoll festgesetzten Minimalgrenze geschehen. Ich hätte und habe die Meinung, daß Rußland Gelegenheit nehmen könnte und nehmen würde, sich Gegenleistungen, wenn man so sagen darf, auf dem Gebiet des Holz- und Petroleumhandels zu bedingen.

Die Regelung der Viehzölle begegnet einer zweifachen Schwierigkeit, deren kleinere darin liegt, daß die Aenderung der Eisenbahntarife die Wirkung jedes nicht unbedingt prohibitiven Zolles aufheben kann. Die größere liegt in den Maßnahmen, die zum Schutz gegen Viehseuchen unbedingt getroffen werden müssen. Es ist unmöglich, auf die Grenzsperrung zu verzichten, wenn jenseits der Grenze ein Verseuchungsfall vorgekommen ist. Einen andern Schutz als die vollkommene Sperrung in solchen Fällen giebt es nicht, selbst wenn mit dem besten Willen die umfassendste Vorsicht geübt wird. Unser Viehbestand repräsentiert einen Wert von Milliarden — fünf Milliarden sind keine übertriebende Schätzung — und dieses Vermögen dürfen wir keiner Gefährdung aussetzen, die mit der Bewegung jeder größeren Viehmenge verbunden ist.

Der Versuch, geschlachtetes Vieh in Städten über die Grenze zu bringen, ist wenigstens im Sommer nicht praktikabel. Das Fleisch verdirbt in der Hitze, nicht zuletzt durch die Fliegen; und die Vorsicht, daß Lunge und Herz an den Stücken haften müssen, bildet gerade keine Erleichterung. Der Ausweg aber, die Fleischschau jenseits der Grenze durch besondere Beamte vornehmen zu lassen, ist nicht gangbar, denn die Genießbarkeit von Fleisch gilt nach Lage der Gesetzgebung nur für den Ort als festgestellt, an dem die Besichtigung durch die berufenen örtlichen Fleischbeschauer vorgenommen worden ist.

Was die Erwartung eines zu erzielenden Einvernehmens steigert, ist der Hinblick auf die Tradition guter Nachbarschaft. Wir sind auf einander angewiesen und können mit einander gut auskommen. Lange Erfahrung hat uns gelehrt, daß wir zu einander vertrauen haben dürfen. Wir behandeln einander wie Gentlemen.

Mandövermärche.

Aus Anlaß der Kaisermandöver schreibt man uns: In diesem Kaisermandöver werden, wie alljährlich, an die Truppen in Bezug auf die Marschleistungen ganz gewaltige Anforderungen gestellt. Märche von vierzig und mehr Kilometer gehören durchaus nicht zu den Seltenheiten. Auch in diesen Marschübungen erblüht man ein Mittel zur kriegsmäßigen Ausbildung der Mannschaften. Jedoch hat auch hierbei die Sache einen gewaltigen Haken. Auf Friedensfuß hat eine Infanterie-Compagnie ungefähr 100 Mann, im Kriege dagegen 250. Es werden also im Falle einer Mobilmachung gegen 150 Mann in der Compagnie sein, die vor 4 oder höchstens vor 2 Jahren solche „kriegsmäßigen“ Marschübungen mitgemacht haben, folglich vollständig untrainiert sind. Es werden ferner eine ganze Anzahl Mannschaften im ersten Jahrgange vorhanden sein, die noch keine Mandövermärche mitgemacht haben. Und doch werden alle diese Leute im Ernstfalle tüchtige Marschleistungen vollbringen, wenn die gewaltige Notwendigkeit hinter ihnen steht. Die Marschübungen in den Garnisonen sind mehr als genügend, den Mannschaften Marschdisziplin beizubringen; dazu sind die Mandöver mit ihrem komplizierten und kostspieligen Apparat gar nicht nötig, denn dadurch wird die Zahl der Erkrankungen an Mischschlag, Sonnenstich usw. nur erhöht, zumal wenn solche heißen Tage eintreten, wie es in der letzten Zeit der Fall war. Man sollte lieber dafür sorgen, daß den zur Reserve und Landwehr entlassenen Mannschaften nicht durch eine unvernünftige lange Arbeitszeit in den Fabriken und Werkstätten sowie hinter dem Pfluge die körperliche und geistige Spannkraft genommen wird, ein Umlauf, der noch durch die so häufig geübten Hungerlöhne und dadurch veranlaßte Unterernährung des deutschen Volkes verstärkt wird. Man sollte den wehrfähigen Arbeitern Gelegenheit geben, sich mehr in der freien Natur erholen und kräftigen zu können, denn würde bedeutend mehr zur „kriegsmäßigen“ Ausbildung gethan werden als durch die Mandöver. Wie die Dinge heute liegen, suchen so unzählige abgerackerte Arbeiter nach einer durchschweiften Nacht in dumpfen Kneipen Erholung und im Alkohol Vergessenheit ihrer traurigen Lage. Unter dem Regime der kapitalistischen Ausbeutung werden wir allerdings niemals dazu gelangen, ein gesundes, kräftiges und daher auch wehrfähiges Geschlecht heranzuziehen, das nicht solcher gewaltiger Experimente bedarf, wie es unsere heutigen Mandöver sind.

Wenn jahraus jahrein die Mandöver eine große Anzahl von Opfern an Mischschlag etc. fordern, so ist nicht zum wenigsten daran die Uniformierung und das Gepäck des deutschen Soldaten schuld. Es ist ja darüber schon genug geschrieben worden, aber ruhig wird weiter an dem alten Kopf festgehalten. Freilich die Herren Offiziere und Generale haben niemals in ihrem Leben Märche in einer so ungeeigneten Adjutierung gemacht. Wenn sie nur ein paar Tage gezwungen wären, in der Ausrüstung, mit dem schweren Gepäck und den plumpen Stiefeln des gemeinen Infanteristen zu marschieren, sie würden energisch dafür eintreten, daß eine vernünftige Kleidung und Ausrüstung eingeführt würde. Aber so merken sie ja nichts von den Beschwerden des Soldaten. Die hohen Herren Militärschlimpsen höchstens über die nöthigsten Zeitungsschreiber, die von einzelnen Mischschlagfällen so viel Aufhebens machen, als ob nicht für jeden draufgehenden „Kerl“ zehn andre zu haben wären.

Wich beschließt jedesmal tiefes Mitleid mit den armen Fußsoldaten, wenn ich sie auf holpriger Straße oder staubigem Acker schweigend einhergehen sehe in ihrem hohen Rockkragen und mit dem schwarzen Parierinstrument, „Halbschinde“ genannt, dazu den alles andre als „kriegsmäßigen“ Helm auf dem Kopfe und den schweren und unpraktischen „Äffen“ auf dem Rücken. Was nützt es denn, wenn dem Soldaten genügt gefastet wird, den Krügen und die obersten Knöpfe des Rockes aufzumachen. Die Holschlagader bleiben doch eingepreßt, die Utercirculation ist anormal. Schreiber dieses hat in Afrika und im tropischen Ostasien große Märche zurückgelegt, aber Fälle von Mischschlag kamen dort trotz der bedeutend höheren Temperatur viel seltener vor als in den deutschen Mandövern, weil die Mannschaften dort den Hals vollständig frei tragen konnten.

Deutsches Reich.

Das militärische Zeugniszwangsverfahren, das gegen unsern Genossen Kehlbein eingeleitet worden ist, zur Belohnung dafür, daß er der Militärbehörde Gelegenheit geben wollte, Soldatenschildereien zu verhindern, soll, wie der Königsberger „Dartungischen Zeitung“ aus Berlin gemeldet wird, „bis in die höchsten Epigen der Verwaltung verurteilt“ werden. Auch nehme man an, daß über dieses Vorgehen von maßgebender Stelle die ernsteste Mißbilligung ausgesprochen und eine strenge Verurteilung erfolgt ist.

Für so klug halten wir die höchsten Epigen der Verwaltung nicht. Wir glauben's deshalb nicht eher, als bis wir durch die That überzeugt werden. Vorläufig sitzt Kehlbein noch immer.

Ein Mandöverbild. Im „Berliner Tageblatt“ berichtet der Major a. D. Gädle von den Kaisermandövern folgende Episode:

„Schon naheten die ritterlichen Scharen des Kaisers. Zunächst warfen sich ein bis zwei Kürassierschwadronen, sichtlich Verstädt herumstehend, auf die Artillerie. Aber überaus rasch ließen sich die Sachen nicht; in Front und Flanke mit vernichtendem Feuer überschüttet, bedeckten diese Reiter in dicken Haufen den Erdboden. Als so — ich vergaß, es wurde nicht scharf geschossen. Mit diesem Angriff hätte nun der des Kaisers gleichzeitig gegen den Rücken der Batterien gerichtet werden sollen. Das geschah aber nicht; vielmehr waren diese völlig in der Lage, ihre Geschütze auf die Kammlinie zu bringen, und hätten dann ein Schußfeld von 500 bis 600 Meter nach rückwärts hin vor sich gehabt. Sie machten zwar kehrt, aber blieben ruhig stehen, und als nun die kaiserlichen Scharen herankürten, empfing sie die Artillerie mit ehrfurchtsvollem Schweigen. Auf die kurze Entfernung ist allerdings das Feuer selbst mit Manöverkaroschen gefährlich. In der Mitte der breiten Wellen sprengte der kaiserliche Feldherr einher, gerade auf die Batterie zu, im Harnisch auf prächtigem Schimmel, um ihn sein Befehl, hinter ihm hoch in den Lüften wallend die kaiserliche Standarte, rechts und links von ihm in einiger Entfernung die Wimpel der beiden Divisionskommandeure.“

Die Angelegenheit der Stadt Metz hat zu vielerlei Kombinationen Anlaß gegeben. Im Gemeinderate ist sofort bestritten worden, daß begründeter Anlaß zu den Klagen vorhanden wäre, die in dem Telegramm des Kaisers an den Statthalter ausgesprochen worden sind. Der Herr Kaiser in dieser Weise unterrichtet hat, und aus welchem Grunde das geschehen ist, darüber sind zwar viele Vermutungen ausgesprochen worden, doch ist noch keinerlei Klarheit darüber geschaffen worden. Nur scheint soviel daraus hervorzugehen, daß zwischen der Stadtverwaltung und dem Garnisonkommando Differenzen bestehen, die in dieser Angelegenheit zum offenen Ausbruch gekommen zu sein scheinen.

Ein Circular eines Meyer „Verkehrsvereins“, das an die Presse vertheilt wird, läßt sich über den Gesundheitszustand der Stadt Metz und die Wasser-Verordnung wie folgt aus:

„Thatsache ist nur, daß eine oder mehrere vereinzelt, übrigens stark bestrittene Typhus-epidemien zu Gorze, in dessen Nähe die Quellen liegen, welche die Meyer Wasserleitung speisen, Anlaß dazu gaben, den Hauptzufuß der Leitung, die sogenannte Bouillonquelle, zu schließen, trotzdem das Wasser der Quelle als völlig einwandfrei erklärt werden mußte. Daß die Sperrung dieser Quelle mit der erheblichen Verminderung des Wasserzuzusses auch allerlei Unbequemlichkeiten im Gefolge hatte, ist selbstverständlich. Dem Einspruch des Gemeinderates gegen diese Sperrung wurde stattgegeben und die Quelle wieder geöffnet, nachdem Maßregeln zur Beseitigung jeder denkbaren Gefahr ergriffen sind.“

Daß das Wasser dieser Quelle, welche schon zur Zeit der Römerherrschaft der Stadt Metz das Trinkwasser zuführte, verseucht gewesen, ist ebenso unzutreffend wie die andre Behauptung, daß in Metz eine Typhus-epidemie herrsche.

Wohl hat während der Belagerung von Metz im Jahre 1870 eine Typhus-epidemie geherrscht, weil die Belagerungsarmee das Gorzer Wasser abgeköpft hatte und infolgedessen die Bevölkerung von Metz auf minderwertiges Wasser angewiesen war. Dagegen ist seither in unserer Stadt keine Typhus-epidemie mehr aufgetreten, und als vor einigen Jahren unter der Besagung des Forts Manteuffel bei St. Julien, das liegt außerhalb des Weichbildes der Stadt und außerhalb des Bereiches der Gorzer Wasserleitung, eine Typhus-epidemie ausgebrochen war, hat man gerade das Gorzer Wasser zu deren wirksamen Bekämpfung zu Hilfe gerufen.“

Mit dieser Darstellung ist aber noch nichts klargestellt. Es liegt ein erhebliches öffentliches Interesse vor zu wissen, was zu dem Eingreifen des Kaisers Anlaß gegeben hat. Es läge wohl auch im Interesse der Verwaltung der Stadt Metz, diese Vorgänge aufzuklären.

Aus dem Prinzengefängnis. Eine hannoversche Korrespondenz berichtet, daß die Disziplinaruntersuchung gegen die Beamten, die in die Arenberg-Affaire verwickelt sind, allerlei Seltsamkeiten aus der Verwaltung aufgedeckt hätte. Die Zeitung des Gefängnisses habe lange Zeit hindurch in den Händen eines Subalternbeamten gelegen. Als Prinz Arenberg eingeliefert wurde, war Direktor Thielhöfer Leiter des Gefängnisses, der in dessen noch kurzer Zeit geisteskrank wurde. Während seiner Amtszeit und derjenigen des mit seiner Vertretung betrauten Subalternbeamten sind die Unregelmäßigkeiten im Falle Arenberg begangen worden. In der andern Angelegenheit, betreffend die unregelmäßige Verwertung fiskalisches Holz durch die Gefängnisbeamten, hat sich durch die angestellte Untersuchung überraschenderweise ergeben, daß nach den Buchungen und Berechnungen an dem zum Ausbau des Gefängnisses beschafften Bauholze thatsächlich nicht ein Centimeter gefehlt hat. Diese Feststellung entspricht den Behauptungen der beschuldigten Beamten, daß sie kein fiskalisches Holz verwendet, sondern solches anderweitig gekauft hätten. Die Gefangenen hatten bekanntlich angegeben, daß sie das Holz auf Veranlassung der Beamten vom Lagerplatz entwendet und verarbeitet hätten. Drei Gefangene haben sich bereits in nächster Zeit deshalb wegen Diebstahls zu verantworten. Die Beamten wollen nur insoweit schuldig sein, als sie es unterlassen haben, über die verwendete Arbeitskraft der Gefangenen Meldung zu erstatten.

Die odenburgischen Hazardgeschichten werden der Öffentlichkeit wieder ins Gedächtnis gerufen durch eine aufsehenerregende Verhaftung. Man erinnert sich, daß vor einiger Zeit der Redakteur eines Lokallblattes der Stadt Odenburg, Biermann, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, weil er durch einige Artikel den Justizminister Aufstrat schwer beleidigt haben soll. Der Fall machte Aufsehen durch die Art der Vorwürfe gegen Aufstrat und durch die ungewöhnlich hohe Strafe, sowie einige Nebenstände, die das Verdictverfahren sehr ungünstig charakterisierten. Die Artikel des Blattes enthielten Angaben, die aus Kreisen eingewählter Beamten stammen mußten. Man forschte deshalb auch nach dem Verfasser oder dessen Gewahrsamsmann. Jetzt hat man ihn gefunden. Durch die Hand- schrift aus wahrscheinlich unbefugigt aufbewahrten Briefen soll man auf die Spur gekommen sein. Der Betreffende ist der Gymnasial-Oberlehrer Ries, der inzwischen nach Bremen versetzt worden war. Das Aufsehenerregende an der Sache ist auch hier wieder das eingeschlagene Verfahren. Man hat nämlich Herrn Ries, der doch im schlimmsten Falle der Verleumdung schuldig ist, sofort verhaftet. Es kann nur zur Diskreditierung des Prozeßverfahrens und auch nicht zur Einwirkung des schwer angegriffenen Ministers dienen, daß man in einer einfachen Verleumdungssache die Untersuchungs- haft verhängt. Viel nötiger wäre es, daß man die Unterlassungen, die im Prozesse gegen Biermann vorgekommen sind, wieder gut macht und der Beweishebung keinerlei Schranken zieht.

Wegen jahrelang fortgesetzter Soldatenmißhandlungen verurteilte das Kriegsgericht der 15. Division in Köln den Artillerie-Unterschieds-Offizier Schott zu einem Jahr und sechs Tagen Gefängnis sowie zur Degradation. Er hatte die in seiner Gewalt befindlichen armen Kerle durch Prüttreite, Faustschläge ins Gesicht und Diebe mit Pferdezeug, Peitschen und andern Gegenständen ganz gewohnheitsmäßig mißhandelt. Ferner hatte er andre Kanoniere zu ähnlichen Mißhandlungen ihrer Kameraden angestiftet. Wenn Kanoniere wurden deshalb zu Gefängnisstrafen von drei Tagen bis vier Wochen verurteilt. Die an die Öffentlichkeit kommenden Soldatenqualereien werden täglich entsetzlicher. Es muß die Angehörigen der dienenden Söhne des Volkes auf das schmerzhaft beunruhigen, daß es möglich ist, daß ein Vorgesetzter jahrelang Soldaten malträtieren kann, ohne daß ihm etwas geschieht. Man weiß, daß nur der weitläufig geringste Teil der Soldatenmißhandlungen zur Verurteilung gelangt, weil die Gepeinigten fürchten, noch schlimmer drangsaliert zu werden. So ist es möglich, daß die Unteroffiziere unangesehen ihr entsetzliches Wesen treiben können.

Katholische Volkserzieher. Der katholische „St. Paulus-Kalender“ für das Jahr 1904 bringt in seiner Jahresrückschau über Emil Zola folgende Rettigkeit:

„Emil Zola, der literarische Schmutzfinf, der seinen Judenschnabel am Helsen Petri und auch an der Lourder Grotte zu weiden versuchte, erstarrte im Oktober in Paris, wenn nicht an seinem eignen Gestank, so doch an dem Kohlen- dampf und Schwefelwasserstoffgas, das seinem Heizofen entströmte, als er schlief. Man kann das einen sehr natürlichen Tod nennen.“

Die katholischen Kalendermacher sind meist Leute im geistlichen Gewande.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die Zahl der von der Brünner Polizei verwundeten Wahlrechts-Demonstranten ist weit größer als gestern berichtet wurde. Obgleich noch genaue Angaben fehlen, sind doch bereits über 80 Fälle von Verwundungen bekannt. Unter den Verletzten befinden sich mehrere schwerverwundete. Am Montag werden die Brünner Arbeiter in einer neuen Redoutensaal-Versammlung die Antwort auf die Polizeibrutalitäten geben.

Frankreich.

Gegen den Alerikalismus. Der Bischof Audrieu von Marseille hat nicht nur Priester der in Frankreich aufgehobenen Ordensniederlassungen in der Marzeiller Kathedrale predigen lassen, sondern auch an seine Geistlichkeit ein gegen die französische Regierung gerichtetes herausforderndes Rundschreiben erlassen. Darauf hat jetzt der Ministerpräsident Combes die Geistesherren über den streitbaren Bischof verhängt und zugleich an diesen folgende Depeche gerichtet:

„Ich habe das authentische Exemplar des Rundschreibens erhalten, das Sie an Ihre Priester senden und veröffentlichten zu sollen glaubten. Dieses Vorgehen ist schon an und für sich ein Fehler; allein der Inhalt Ihres Briefes ist nur ein Gewebe bestiger Angriffe und bildet einen tendenziösen Akt, der dazu angethan ist, Ihre Priester und die Gläubigen gegen die öffentlichen Gewalten aufzuheizen. Andererseits haben Sie einen Prälaten, der fortwährend agitiert und ohne Erlaubnis seine Residenz verlassen hat, in Ihrer Kathedrale beglückwünschen und ermuntern lassen. Ich erachte, daß das Kultusbudget von den Kammeren nicht bewilligt wird, um dergleichen Kundgebungen zu bezahlen, und ich gebe deshalb Befehl, daß Ihr Name mit dem heutigen Tage aus der Kontrollliste der öffentlichen Buchführung gestrichen werde. Der Herr Minister des Aeußern wird dem Praeside gemäß dem heiligen Stuhle diese Entscheidung und die sie rechtfertigenden Gründe mitteilen. Emile Combes.“

Die Pest in Marseille. Nach einem Drahtbericht der „Voss. Zeitung“ aus Paris meldet der „Matin“, daß die Nachricht der „Daily Mail“ von einem Ausbruch der Pest in Marseille teilweise richtig, aber übertrieben ist. Die Krankheit ist in der Kartonnagen-Fabrik Girix in Saint Barnabé beobachtet und durch Lumpenballen von der syrischen Küste eingeschleppt worden. Von fünf Toten sind drei verdächtig. Drei Kranke werden im Hospitale San Salvador gepflegt. In der Stadt ist bisher kein Fall festgestellt worden. Dem „Petit Parisien“ zufolge sind achtzehn Personen, darunter vier Kinder, im Hospitale Sainte Marguerite in Beobachtung, und ein Beamter der Desinfektionskolonne ist gestorben. Alle weiter der Infektion ausgesetzten Personen werden mit Perisinschem Serum geimpft.

Serbien.

Protest der verhafteten Offiziere. Die in Haft genommenen serbischen Offiziere und einige ihrer engeren Freunde haben in der liberalen „Karodni Listi“ eine Aufforderung an ihre Kameraden gerichtet, auf die Ausstufung der am Königsmord Beteiligten aus dem Heere zu bestehen. Kameraden, man belügt Euch“, heißt es in dem Aufruf, „man sucht Euch einzuschärfen, daß die Angelegenheit mit Rücksicht auf die außerpolitischen Beziehungen nicht jetzt entschieden werden kann. Gerade das Gegenteil ist wahr. Wenn wir jetzt in unserer heutigen Verfassung in eine andere Aktion verwickelt würden, trügen wir selbst den Keim unserer Niederlage in uns. Kann ein Heer aktionsfähig sein, welches in zwei Lager gespalten ist, in welchem die Jüngeren den Älteren befehlen und bei der Beförderung bloß darauf geachtet wird, wer zu den Verschwörern gehört?“ Die betreffende Nummer der „Karodni Listi“ wurde wegen der Veröffentlichung konfisciert.

Eine Kundgebung für die Verschwörer. Am Mittwochabend fand in Belgrad eine von etwa 150 Personen veranstaltete Kundgebung gegen die Redaktionen der „Karodni Listi“ und der „Becerne Rotovosti“ statt; die Menge schlug die Fenster ein und griff die Redakteure an. Diese schloffen in die Menge. Als die Gendarmen einschritt, zog die Menge weiter. Durch die Schüsse wurden vier Personen verwundet. Die Demonstranten wollten nachher noch vor die kaiserliche Gefandtschaft ziehen, wurden jedoch von berittener Polizei daran verhindert.

Türkei.

Der Zwischenfall in Beirut ist noch immer nicht aufgeklärt; doch hat sich die Pforte bereit erklärt, alle Maßregeln zur Verhinderung weiterer Unruhen zu treffen. Bereits ist dem auch Nazim Pascha, der bisherige Wali von Damaskus an Stelle des abgesetzten Reichid Bey zum Wali von Beirut ernannt worden und mit zwei Bataillonen in Beirut eingetroffen. Zahlreiche Unruhestifter sind verhaftet worden, einige derselben sollen verbannt werden. Ferner wurde der Gouverneur des Libanon, Musafer Pascha, beauftragt, nach der Grenze des Libanon abzugehen, um dort Unruhen zu verhindern.

Die Pforte erklärt, daß alle lokale Geschäftigkeiten infolge der Erbitterung der Mohammedaner über die Anknüpfung der amerikanischen Kriegsschiffe von neuem zum Ausbruch gekommen seien. Die Vorfälle seien übertrieben dargestellt worden, ebenso die Zahl der Getödeten und Verwundeten. Gegenwärtig herrsche vollkommene Ruhe, und die Pforte werde für ihre Aufrechterhaltung Sorge tragen.

Asien.

Rußland in der Mandchurei. Die von den „Times“ gemeldete Vereithaltung der russischen Regierung, die Verwaltung der drei Provinzen der Mandchurei wieder an China abzutreten und die Häfen von Mukden und Tatungkau zu eröffnen, erhält durch eine neue telegraphische Meldung der „Times“ vom 9. d. aus Peking eine wesentliche Einschränkung. Es heißt nämlich in dieser Ergänzungsdpeche: In der Note des russischen Gefandten Reshar stellt Rußland außer den bereits berichteten Einzelheiten noch zwei weitere Bedingungen. 1. Es soll Rußland gestattet sein, am Ungarici-Fluß Landungsplätze zu errichten und sie durch russische Truppen bewachen zu lassen. 2. Rußland soll das Recht haben, längs der Hauptstraße von Nijichar, der Hauptstadt der Provinz Solungkiang, nach Niagoweschensok, russische Positionen zu unterhalten. China erhebt gegen beide Bedingungen energischen Einspruch. Rußland giebt sodann als Termin für die Räumung der Provinz Kirin vier Monate, der Provinz Solungkiang ein Jahr nach der Räumung der Provinz Mukden an. Auch hiergegen erhebt China Einspruch.

Nicht nur schiebt also Rußland die Räumung der Mandchurei auf spätere Zeit hinaus, sondern es bedingt sich auch aus, an den hauptsächlichsten Land- und Wasserstraßen Handels- und Positionen anzulegen und diese durch russische Truppen bewachen lassen zu dürfen. Mit andern Worten: Rußland will China gern erlauben, die Last der Civilverwaltung wieder auf sich zu nehmen; behält sich aber die militärische Oberaufsicht sowie das Recht vor, die wirtschaftlichen Hilfsquellen des Landes zu seinem Vorteil auszunutzen.

Amerika.

Amerikanische Gonenwirtschaft. New York, 28. August. (Eig. Ber.) Den streikenden Bergarbeitern einer der Minen im Cripple Creek Thal, Idaho, wurde kürzlich zur Last gelegt, das Maschinenhaus mittels Dynamit zerstört zu haben. Es erfolgte die Verhaftung einer Anzahl Arbeiter, darunter mehrere Beamten der Lokal-Muniz, von denen aber nur zwei in Haft behalten wurden.

die „neuesten“ Bürger von Ibadon Springs (des Ortes, bei dem das Bergwerk liegt), d. h. die von den dortigen Arbeitern lebenden Geschäftsleute, hatten eine „Ernährungs“-Versammlung arrangiert, in welcher beschlossen wurde, die „Mädelsführer“ der Streiker gewaltsam abzufassen (zu entfernen), was auch durch gemietete „Mordknechte“ mit 16 geschah. Die zur Existenz der „Herren Bürger“ benötigte Knudenschaft war ja auch durch die Heranziehung von „Scabs“ wieder intakt geworden! Die „Abgeschafften“ wandten sich an den Gouverneur des Staates, und da sie keine Ausländer sind, sondern „eingeborene Amerikaner“, auch der Verband der Bergleute, die „Western Federation of Miners“, mit einem Generalstreik in allen Minen des Staates drohte und die Staatswahlen vor der Thür stellten, so ordnete der Gouverneur ihre Rückkehr unter dem Schutze des Sheriffs der betreffenden Grafschaft an. Es erfolgte dann Strafantrag gegen die Anführer der Gewaltthat, der die Verhaftung von 83 Personen zur Folge hatte, darunter des Bürgermeisters und dessen Stellvertreter, mehrerer Mitglieder des Stadtrats, des Leichenbestäuers, des Präsidenten der Nationalbank usw., die aber selbstverständlich gegen Bürgerhaft sofort wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, und denen ebenso selbstverständlich nichts „Schlimmes passieren“ wird, wenn sie auch prozessiert werden sollten, denn die Gesetzmäßigkeiten, welche über sie zu befinden haben werden, wird man nicht aus den Reihen der Arbeiter nehmen!

Landtagswahl.

Zu den Landtagswahlen in Berlin schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Für die entschiedenen liberalen Partei in Preußen und vor allem in Berlin ist eine unerlässliche politische Ehrenpflicht, mit allen irgendwie verfügbaren Kräften die besten Wahlkreise zu besetzen, ohne irgendwie zu Verpfändungen gegenüber den vordringenden „Genossen“ genötigt zu sein. Das ist das eigentliche Ziel, das von unsrer entschiedenen liberalen Bürgerschaft unter allen Umständen angestrebt werden muß. Daraus müssen alle Anstrengungen in allen Vereinen gerichtet, daraufhin muß die Auslese der Vertrauensmänner getroffen werden.“

Das hat schon der Berliner Parteitag der Freisinnigen Volkspartei gesagt. Für die Verhinderung der Reaktion wäre es aber nützlich, wenn die Freisinnigen den Weg einschlägen, sich die Hilfe der „vordringenden Genossen“ in der Provinz zu sichern, die ihnen nicht anders zu teil werden kann, als daß sie in Berlin Verpfändungen gegen uns eingehen.

Wahlentscheidung beschloß eine Versammlung des socialdemokratischen Volksvereins in Krefeld. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „In Anbetracht des Umstandes, daß es uns nicht möglich ist, die genügende Anzahl von Wahlmännern aufzustellen, erklärt die heutige Versammlung des socialdemokratischen Volksvereins, von einer Beteiligung an den diesjährigen preussischen Landtagswahlen abzusehen. Es wird daher den Parteigenossen strikte Wahlenthaltung empfohlen.“

Mit den Landtagswahlen beschäftigte sich die Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Remscheid-Lennep-Mettmann, die gestern nachmittag in Wonsdorf tagte und auch von Genossen des Kreises Solingen besucht war. Es wurde beschlossen, für den Landtags-Wahlkreis Solingen-Remscheid-Lennep ein Central-Wahlkomitee mit dem Sitz in Solingen zu bilden, dem je drei Genossen aus Solingen, Remscheid und Wonsdorf angehören sollen; der Kreis Mettmann, der für sich einen Landtags-Wahlkreis bildet, bestimmt selbständig über die Leitung der Landtags-Wahlbewegung. Das am nächsten Sonntag im Kreise Solingen in einer Auflage von 35 000 Exemplaren zur Verbreitung kommende Flugblatt für die Landtagswahlen mit der Kaiserpaal-Rede des Genossen Arons soll im Kreise Lennep und in Remscheid in 10 000 Exemplaren verbreitet werden. Die Aufstellung der Abgeordneten-Kandidaten wurde dem Central-Wahlkomitee übertragen.

Wahlentscheidung beschloßen die Genossen in den Kreisen Höchst-Kfingen, Kolberg-Roslin und Raumburg-Weihenfeld.

Der Wahlkrawall in Laurahütte.

Deutschland, 10. September.

(Privatdepeschen des „Vorwärts“.)

Die Verhandlung wird um 9 1/2 Uhr morgens eröffnet. Zu Beginn der Verhandlung verhandelt der Vorsitzende, daß die beantragte Vernehmung des Angeklagten Kuzma in polnischer Sprache abgelehnt sei, da Kuzma nach Ansicht des Gerichts der deutschen Sprache genügend mächtig sei. Der Staatsanwalt erklärt zum Antrag auf Befragung Solikits, mit welchen Gründen ihm die Entbindung des Dr. Stedlich von der Amtsvorschiebung nahegelegt worden sei: Ich erkläre, daß das Krankenbuch Dr. Stedlich in der schriftlichen Anlage gar nicht verwendet worden ist und daß dies auch in der mündlichen Anlage nicht geschehen wird. Auf Grund der Notizen von Dr. Stedlich ist kein Angeklagter verhaftet worden. Rechtsanwältin Sedha: Ich habe den Antrag gestellt, weil vom Gericht offenkundig Gewicht gelegt wird auf die Aussagen der Angeklagten in der Voruntersuchung, und weil das Ermittlungsverfahren in einer Weise geführt worden ist, die zu zuverlässigen Schlußfolgerungen keine Handhabe gibt. Der Antrag wird abgelehnt, weil nach Ansicht des Gerichts kein Zusammenhang mit dem Beweissthema besteht.

Nach Aufruf der Zeugen wird als erster Zeuge der Gendarm Weder vernommen, der die Versammlung überwacht hat. Nach der Auflösung ließ ich andre Polizeibeamte hereintreten, um die Räumung durchzuführen; wir notierten die Leute, die nicht hinausgehen wollten. Ein Mann wollte seinen Namen nicht nennen. Ich verhaftete ihn, an der Thür riß er sich los. Es gelang uns, den Mann zu föhlchen und wir brachten ihn weg. Wie wir 300 Meter gegangen waren, wurden wir von der Menge angegriffen und der Arrestant lief dabei weg. Vorher wurden wir schon mit Steinen und Sand direkt nahe dem Lokal Ludwig getroffen. Nachher ging erst der richtige Steinhandel los; inzwischen war schon Feuerlärm gebläsen worden. Während des Transports kam der Amtsvorsitzer und forderte die Leute zum Auseinandergehen auf; inzwischen kam die Spritze. Mit Knosch gingen wir nach der Spritze zu, um sie nicht demolieren zu lassen. Bis 11 Uhr standen wir vor dem Hüttenamt und erwarteten Verstärkung. Gegen 11 Uhr kam Redakteur Haase an mich heran und sagte, ich werde zu den Leuten sprechen und sie beruhigen. Er sprach auch; die Leute waren damit einverstanden und das Jöhlen und Steinwerfen hörte auch auf. Nachher begannen sie aber wieder zu jöhlen. Wir forderten wiederholt die Menge auf, auseinanderzugehen und drohten, sonst von der Schutztruppe Gebrauch zu machen. Da flogen die Steine wieder dicht auf uns, und da schossen wir. Wir gingen vor, um das Resultat zu sehen. Einer lag auf dem Boden. Die Menge wich zurück. Dann wurden wir wieder von hinten benorren. Dann standen Leute an der Leiche. Später kam Verstärkung. Vorher hatte ich gleich an Ludwigs Arresthaus blank gezogen, um die Leute abzuwehren, welche den Arrestanten befreien wollten. Ein Feuerwehmann hat geblasen als wir die Leute aus dem Versammlungsklokal hinausdrängten. Am Hüttenamt habe ich schon vor dem Schießen Szendzielorz aufgefordert, wegzugehen. Die Aufforderung zum Auseinandergehen galt besonders den vor uns Stehenden. Burezhil habe ich auch erkannt. An der Leiche hat mir Ganza seinen Namen auf Befragen genannt. Im Saal von Ludwig sind fünf Ausgänge. Der Saal war vollständig überfüllt, die Leute standen selbst in den Ausgängen und in Nebenräumen. Wer rausgehen wollte, der konnte es auch thun, ich habe erst 12 Minuten nach der Auflösung angefangen zu notieren. Wir gingen doch auch hin und her im Saal.

Vorsitzender: Ebenso wie Sie rausgehen konnten, konnten auch die Leute sich entfernen? Weder: Ja, gewiß! Weder lieft die Aufnotierten vor; teilweise kennt er sie, teilweise sind ihm nicht

ermittelte, jedenfalls falsche Namen angegeben worden. Ich kann nicht genau sagen, ob wir gleich mit Steinen vor Ludwig getroffen wurden, aber bestimmt mit Sand. Rechtsanwältin Reumann: Sie sagten, daß draußen vor Ludwig eine geschlossene Menge stand und seitwärts keine Gruppen gewesen wären; konnten Sie denn das so genau sehen beim Abführen des Arrestanten? Weder: Nein, so genau weiß ich das nicht; ich habe auch welche notiert neben mir. Als ich sie anhielt, sagten sie, sie wollten schon hinausgehen.

Die Aussagen des Gendarmen Weder, der etwa 1 1/2 Stunden ausgefragt hat, werden vom Dolmetscher in etwa fünf Minuten übertragen. Zeuge Amtsvorsitzer Krieger erzählt ungefähr wie Weder. Als Weder die Leute mahnte, sie machten sich unglücklich, würden ins Justizhaus kommen, da antwortete einer: Wir sind ja schon heute in einem Justizhause. Polnisch ist nicht aufgefordert worden zum Auseinandergehen. Solik trat in der Hingotstraße zu mir und bat um Erlaubnis, den Leuten polnisch sagen zu dürfen, daß sie auseinandergehen sollen. Ich konnte ihm die Erlaubnis nicht geben. — Vorsitzender: Sprach noch jemand? — Krieger: Ja, der Redakteur Haase. — Vorsitzender: Ja welchem Sinne sprach er? — Krieger: Das weiß ich nicht, ich verstehe nicht polnisch.

Zeuge Amtsvorsitzer Richter wird vorgelesen. Vorher bestreitet der Angeklagte Solik, daß er die Erlaubnis zum Sprechen draußen erbeten hat. Solik fragt den Zeugen Richter, ob er ihn im Saale nicht gebeten habe, beruhigen zu den Leuten sprechen zu dürfen, weil noch ein Unglück passieren könnte. Die Frage von Solik wird nicht beachtet und es wird zur Vernehmung Richters geschritten. Richter nennt die von ihm festgestellten. Die Aufforderung zum Verlassen des Saales ist mit wiederholten Aufen „niech zyje wojeisch“ (hoch Albert Korfanty) beantwortet worden. Bei dem Transport der Gefangenen belam ich mehrere Steinwürfe. Bei dem Hüttenamt wurde immer auf polnisch gerufen: Schlagt ihn! Vorsitzender: Haben Sie auch den Redakteur Haase eine Ansprache halten hören? Richter: Ja. Vorsitzender: In welchem Sinne war die Ansprache? Richter: Im beruhigenden; er sprach ganz laut auf polnisch, die Leute mochten auseinandergehen und wies darauf hin, daß sonst ein Unglück passieren könne. Die Leute konnten gehen; sie haben keinen guten Willen behauptet.

Rechtsanwalt Herrnschadt: Wie sollten denn die Leute äußerlich den guten Willen behaupten? Vorsitzender: Sehen, gehen! Ein Angeklagter erinnert den Zeugen Richter, daß er ihm damals gesagt hätte, ich will hinausgehen, aber es geht doch nicht durch. Zeuge Richter entnimmt sich nicht. Die Angeklagten, welche Vorhaltungen machen, werden teilweise vom Vorsitzenden sehr scharf zurückgewiesen. Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt Zeuge Richter mit größter Bestimmtheit, daß alle Leute vor dem Ludwigschen Lokal die Aufforderung zum Auseinandergehen hören mußten.

Zeuge Amtsvorsitzer Duda: Ich kam abends dazu, als die Verhaftung vorgenommen wurde; da rief Weiß (Angeklagter im Schwurgerichtsprozess): „Laßt ihn nicht!“ Weiß weigerte sich fortzugehen, Warscha rief: Hoch Korfanty! Goinj sah auf der Spritze.

Nach der Mittagspause wurde der Zeuge Amtsvorsitzer Wounzol vernommen. Als wir vor dem Hüttenamt mit Schießen drohten, rief einer aus der Menge: Es wird ja doch nur blind geschossen! Vorsitzender: Hat der Amtsvorsitzer aufgefordert auseinanderzugehen? Wounzol: Nein; er sagte: Leute seid doch vernünftig. Ihr werdet hart bestraft, wenn Ihr mit dem Werfen nicht aufhört. Vorsitzender: Hat er aufgefordert, auseinanderzugehen? Wounzol: Nein, bloß vom Steinwerfen sprach er. Vorsitzender: Und dabei hat er aufgefordert auseinanderzugehen? Wounzol: Ja, ja, ja! Vorsitzender: Was dann? Wounzol: Wir mußten nachgehen; auch der Amtsvorsitzer ist ausgerückt. Ich habe etwa 16 Steinwürfe bekommen.

Zeuge Polizei-Wachtmeister Jollin: Nach der Auflösung mußten verschiedene Leute mit Gewalt aus dem Versammlungsklokal gebracht werden, darunter Goinj. Beim Steinwerfen der Leute belam ich zwei Steine ins Gesicht. Der Amtsvorsitzer ließ uns blank ziehen und vorgehen, sah aber dann, daß nichts gegen die Menge auszurichten war. Nachher warteten wir auf Hilfe von außen. Dann stellten wir uns der Menge beim Hüttenamt entgegen. Wir wurden wieder mit Steinen beworfen. Als wir mit Schießen drohten, wurden wir ausgelacht. Von der Auflösung der Versammlung bis zum Beginn des Aufnotierens der Leute verging mindestens eine halbe Stunde. Das Spritzen hat, wie ich annehme, der Amtsvorsitzer angeordnet.

Zeuge Amtsvorsitzer Schröder: Ich hatte zur Versammlung einige Beamte hinzubeordert, weil ich nach der Gleiswäher Versammlung Linnulte bei uns befürchtete. Um 9 1/2 Uhr wurde ich zu Hause benachrichtigt, daß die Versammlung aufgelöst sei. Ich ging sofort hin; Laufende standen schon da. Ich forderte die Leute wiederholt im Guten auf, sich zu entfernen, sie machten sich sonst strafbar. Ich ließ diese Aufforderung auch polnisch durch einen Feuerwehmann wiederholen; er that das und belam in demselben Augenblick einen Steinwurf. Dann belam ich selbst einen Stein. Da waren auch schon alle Beamten zu Boden gefallen. Ich telegraphierte an den Landrat um militärische Hilfe; die Feuerwehre habe ich nicht alarmieren lassen, nachher zog ich die Feuerwehre zur Unterstützung der Polizei zu. Gepritzt wurde 1- bis 2 Minuten, da sprangen Männer dazu und zerschnitten die Schläuche. Dann sagte ich zu den Gendarmen: „Jetzt halt scharf zu!“ Wir mußten uns aber zurückziehen. Ich befehligte noch an das Kommando nach Deutchen. Als das Militär kam, haben sich die Leute zerstreut; nachher habe ich erfahren, daß sie Posten aufgestellt hatten um zu wissen, wann Militär kommt. Die Verabredung war, sich in diesem von Posten gemeldeten Augenblick zurückzuziehen. Vorsitzender: Sie glauben also, daß die ganze Sache organisiert war? Schröder: Ja gewiß! Es war alles eingerichtet. Der Brandmeister hat mir erzählt, daß er die Feuerwehre alarmiert habe, weil ihm gerufen worden sei, es sei Feuer. — Vorsitzender: Sind Sie nicht der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, früher einzutreten? — Schröder: Nein, wir waren zu wenige, da hätten wir nichts erreicht und die Menge noch mehr gereizt. Ich glaubte, mit Güte etwas auszurichten. — Vorsitzender: Und die Antwort waren die Steine? — Schröder: Ja! — Vorsitzender: Ist Ihnen bekannt, daß die Leute vorher aufgekehrt worden? — Schröder: Ja! — Vorsitzender: Aus Hörensagen? — Schröder: Ja! — Vorsitzender: Auch durch Flugblätter? — Schröder: Ja! Es wurden ja massenhaft Flugblätter verbreitet, die sehr scharf waren und auch sagten, die Polizei hätte am Wahltage nichts zu sagen. — Staatsanwalt: Es sind sehr wenig Leute ermittelt worden; liegt das nicht daran, daß sich meist Leute am Krawall beteiligt haben, die aus Kattowitz mit dem Zuge kamen, nachdem sie dort nicht in die Central-Versammlung hineingelassen worden sind? — Schröder: Ja, sonst hätte ich die Leute erkannt; es war am hellen Tage und ich habe nicht einen einzigen erkannt. Ich bin seit 14 Jahren in Laurahütte. — R. A. Herrnschadt: Besteht in Laurahütte eine Feuerwehre, deren Mannschaften beim Alarm erscheinen müssen? — Schröder: Ja. — Vorsitzender: Das ist aber von den Angeklagten doch nur eine Ausrede, wenn sie jetzt erzählen, sie hätten geglaubt, es wäre Feuer und wären deshalb erst an den Krawallort gegangen. — Schröder: Gewiß ist das nur eine Ausrede, die Leute wußten doch, daß kein Feuer war; man hörte den Lärm von weitem. Rechtsanwältin Rozanski: Von wem ist Ihnen berichtet worden, daß Leute aus Kattowitz zur Versammlung kamen? Schröder: Ich hörte es von meinen Beamten und das es in Zeitungen. Rechtsanwältin Rozanski: Ja, Zeitungen sind nicht maßgebend; welchen Anhalt hat aber der Zeuge dafür, daß der Krawall organisiert war? Vorsitzender antwortet: Die Aufstellung der Posten. R. A. Rozanski: Ja, das habe ich schon gehört, aber vielleicht ist es noch etwas anders. Schröder: Die Posten und das Auseinanderwerfen der Beamten sprach dafür. Ich bin überzeugt, daß die Leute vom Orte so etwas nicht gemacht hätten. R. A. Rozanski: Von wem ist Ihnen mitgeteilt worden, daß Posten aufgestellt waren? Schröder: Ich glaube, vom Stationsbeamten. R. A. Rozanski: Es ist doch ganz erklärlich, daß die Beamten bei dem Kampfe um den Arrestanten auseinandergerissen wurden. Rechtsanwältin Reumann: Es scheint hier die Behauptung aufgestellt zu werden, daß die nationalpolnische Partei den Krawall organisiert habe,

Vorsitzender: Kein Wort darüber wurde gesagt. Reumann: Die letzten Ausführungen von Schröder konnten nur diesen Sinn haben; wie vertritt sich das mit der Thatsache, daß Haase wiederholt versucht hat, die Menge zu beruhigen? Staatsanwalt: Ich widerspreche der Vorlegung dieser Frage. Amtsvorsitzer Schröder: Von Haases Ansprache weiß ich nichts; ich habe von Beamten gehört, daß Haase erst nachts vor dem Hüttenamt sprach. Vorsitzender mit stark erhobener Stimme: Also er sprach erst unmittelbar vor dem Gebrauch der Schutztruppe; bis dahin hat er nicht gesprochen! Schröder: Nein! (Es sei hierzu mitgeteilt, daß Haase erst abends um 10 Uhr in Kattowitz von dem Krawall erfahren hat, daß er darauf sofort nach Laurahütte gefahren ist und beim Eintreffen dort sogleich mit seinen Bemühungen zur Beruhigung der Leute begonnen hat. Haase ist in der Voruntersuchung über diesen Punkt mehrmals eidlich vernommen worden.)

Rechtsanwältin Sedha zu Schröder: Sie haben befürchtet, daß es zur Auflösung der Versammlung oder zu Unruhen kommen würde? Schröder: Ja! Sedha: Warum haben Sie da die Versammlung nicht verboten? Schröder: So sicher wußte ich das nicht; ich nahm nur an, Sedha: Nach den gesetzlichen Bestimmungen genügt aber die Annahme nicht. Vorf.: Was hat denn das mit der Sache zu thun? Sedha: Es ist unsere Pflicht, alles zur Sprache zu bringen, was zur Aufklärung des Vorganges und eventuell zu Gunsten der Angeklagten dienen kann. Vorsitzender: Was hat das aber für einen Zusammenhang? Sedha: Es könnte eventuell behauptet werden, daß die Polizei eine gewisse Schuld an den Vorgängen trägt. Schröder: Ich habe mich nicht für berechtigt gehalten, die Versammlung zu verbieten. Rechtsanwältin Rozanski: Ich beantrage, den Namen des Beamten festzustellen, der dem Amtsvorsitzer die Mitteilung von dem Postenstehen gemacht hat. Vorsitzender: Ermittlungen werden aber von Zeugen nicht angefordert. — Rozanski: Das Gericht hat die Pflicht, alles zu ermitteln, was zu Gunsten der Angeklagten sprechen kann. — Vorsitzender: Wir behalten uns Beschluß vor.

Zeuge Schornsteinfegermeister Drobig, Führer der Feuerwehre: Es rief jemand, es wäre Feuer; da befahl ich dem Wehmann Kratochwil Feuerlärm zu blasen vom Fenster des Ludwigschen Saales aus. Nachher wurde er da belästigt, da befahl ich ihm, auf das Dach zu steigen und von dort zu blasen. Den alten Korfanty habe ich um 8 1/2 Uhr bis 8 3/4 Uhr rufen hören: „Jungens laßt euch nicht!“ Die Feuerwehre war zur Zeit noch nicht da.

Der nächste Zeuge Kratochwil, ein Feuerwehmann, hat auf Befehl des vorigen geblasen. Kratochwil hat vorher Strafantrag gegen den Angeklagten Olejnik gestellt. Olejnik soll ihn beim Krawall mit seinem Schirm geschlagen haben. Jetzt sagt der Zeuge unter Eid, er wisse nicht genau, wer ihn geschlagen habe; er hätte es gar nicht sehen können da er auf das Fenster aufpassen mußte. Rechtsanwältin Rozanski stellt fest, daß Zeuge also eine wesentlich falsche Beschuldigung erhoben habe. Der Staatsanwalt läßt das protokollieren. Rechtsanwältin Rozanski beantragt nun, die ganze Aussage des Zeugen zu protokollieren. Dieser Antrag wird vom Gericht abgelehnt, ebenso die Stellung der Frage an den Zeugen, weshalb er Strafantrag gestellt habe. Der Vorsitzende wendet sich mit einigen Bemerkungen gegen den Ton, den die Anwälte angeschlagen haben. Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Verfammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) hielt am 8. September eine sehr zahlreich besuchte Versammlung im Lokal Königsbäll ab. Genosse B. Hirsch-Charlottenburg referierte über die bevorstehenden Landtags-Wahlen. Schon heute mühten sich, meine Redner, die Genossen eingehend mit den Vorarbeiten beschäftigten, ganz gleich, wenn die Wahlen ausgefallen würden. Nach einer kritischen Betrachtung des elendesten aller Wahlsysteme hat der Redner mit besonderm Nachdruck hervor, daß bei den Landtagswahlen die Kleinarbeit aller organisierten Genossen noch vielmehr ins Gewicht falle, als bei den Reichstagswahlen. Den Bezirksführern solle vor allem die sehr wichtige Aufgabe der Auswahl der Wahlmänner zu, die auf Herz und Nieren geprüft werden müssen. Im vierten Landtags-Wahlkreis Berlins seien nicht weniger als 1594 Wahlmänner aufzustellen. Der Kreis zerfalle in 285 Urwahlbezirke, davon haben 222 je 6, 45 je 3, 15 je 5 und 13 je 4 Wahlmänner zu wählen. Am besten wäre es, wenn die organisierten Genossen in kleinen Circeln zusammenkämen und die einschlägigen Bestimmungen des Wahlgesetzes durchgingen. Wer die Wählerlisten für andre einsehen wolle, müsse sich schon jetzt die Namen der betreffenden beschaffen, denn die Listen lägen nur drei Tage aus. Ganz falsch wäre es, davon zu sprechen, daß man in der ersten und zweiten Abteilung keine Wahlmänner aufzustellen brauche. Thatsächlich gäbe es Bezirke in der ersten und zweiten Klasse, wo wir sehr gut Wahlmänner durchbringen könnten, während uns dies andererseits in gewissen Bezirken selbst in der dritten Klasse nicht möglich sein werde, da die Drittelung des Einkommens in jedem Bezirke für sich erfolge. Bei der vorigen Wahl habe im vierten Kreis im 508. Bezirk (Langestraße) der höchste Steuerfah in der ersten Abteilung 357 Mark betragen; in der zweiten Abteilung wählte schon, wer mehr als 100 Mark Steuern zahlte, und in der ersten Abteilung, wer mehr als 26 Mark Steuern zahlte. Im Nachbarbezirk (damals 664) sei dagegen nur ein Wähler mit dem Steuerfah von 16 484 Mark in der ersten Abteilung gewesen, während man noch mit 14 000 Mark Steuern in der zweiten Klasse wählte. Redner führte noch mehr derartige Beispiele aus dem vierten Kreise an und erläuterte darauf die in Betracht kommenden Beschlässe des Rainzer Parteitages, der Preußenkonferenz und der Brandenburger Provinzialkonferenz und kritisierte das traurige Benehmen des Berliner Freisinnigen, wie es namentlich in Eugen Richters Blatt zu Tage getreten ist. Die Socialdemokratie habe jetzt dem Freisinn ein Mittel an die Hand gegeben, die Reaktion zu schwächen. Lehne er es ab, dann verschulden er es, wenn die Reaktion im preussischen Landtage gestärkt werde. Die Freisinnigen zeigten dann, daß sie schlummer seien, als die offenen Reaktionsäre. Die Socialdemokratie werde, selbst wenn ihr keine Mandate zuzielen, doch einen gewaltigen moralischen Erfolg aus dem Kampfe davonzutragen. (Großer Beifall.) Der Vorsitzende feuerte die Anwesenden ebenfalls an, auf dem Posten zu sein.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung hatte man das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise gelehrt. — Seit der letzten Versammlung sind dem Verein 136 neue Mitglieder beigetreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Steinfeder. In Altenburg (S.-A.) haben die Steinfeder der Firma Pöschig wegen Nichtbewilligung des von den übrigen Firmen bewilligten Lohnstarifes die Arbeit niedergelegt. Zugang ist festgehalten.

Pichtenau (Westfalen), 10. September. (B. L. W.) Hier brach heute ein Feuer aus, durch welches 25 Wohnhäuser im westlichen Stadtteile eingäschert wurden, darunter das Pastorat und die Schule.

Konstantinopel, 10. September. (Telegramm der „Agence Havas“.) Die Veröffentlichung des Unifikations-Trades ist heute erfolgt.

Port Arthur, 10. September. (B. L. W.) Aus Yokohama wird ein Postfall gemeldet. Inlau wurde für pestbehaftet erklärt. Auch in Kutschwang ist die Pest aufgetreten. Dort sind bereits 18 Personen an der Pest verstorben.

Wien, 10. September. (B. L. W.) Als zweihundert englische Soldaten durch ein Dorf im Hinterlande von Wien marschierten, wurde aus dem Hinterhalt auf sie geschossen, wobei ein Mann getötet und ein Mann verundet wurde. Die Truppen zerstreuten das Dorf. Einige Araber wurden getötet.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, 10. September 1903, nachmittags 5 Uhr.

Mit der heutigen Sitzung werden die regelmäßigen Arbeiten der Versammlung nach der Sommerpause wieder aufgenommen.

Den Vorsitz führt an Stelle des erkrankten Vorsitzers Dr. Langerhans der Vorsitzende Stellvertreter Michaelis.

Während der Ferien hat die Versammlung zwei Mitglieder, beide der Reuen Einkommen angehörig, verloren: Stadtv. Gemeinhardt starb am 12. Juli, Stadtv. Deter am 13. August. Der Vorsitzende Stellvertreter gedenkt ihrer Tätigkeit und ihrer Verdienste um die Verwaltung des Gemeinwesens in einem längeren Nachruf, die Versammlung ehrt das Andenken an die Verstorbenen durch Erheben von der Eigen. Auch des Hinscheidens des Direktor Lange vom Königsstädtischen Realgymnasium gedenkt sodann seitens des Vorsitzers Stellvertreter Erwähnung.

Hierauf findet durch den Oberbürgermeister Kirchner die feierliche Einführung und Verpflanzung der beiden neuen Magistratsmitglieder

Stadt-Schulrat (bisher Provinzial-Schulrat) Dr. Michaelis und Stadtrat (bisher Magistratsassessor) Alberti sowie des neu gewählten Stadtvorordneten Professor Dr. Hartmann statt. In der anschließenden Ansprache des Vorsitzers Stellvertreter nimmt dieser Gelegenheit, dem Stadtschulrat Gerstenberg für seine große Mithilfe bei der Wahrnehmung der Geschäfte der Leitung des gesamten städtischen Schulwesens während des Interregnums in der Leitung des höheren Schulwesens den besonderen Dank der Versammlung auszusprechen (Weisfall); anschließend an den Umstand, daß zum Vortrags des Dr. Michaelis auch das Kirchenwesen gehört, fordert er diesen auf, die Rebel zu zerschneiden, welche mit ihrem dichten Schleiher manche der Berliner Kirchen zu ersticken drohen, und gegen die Finsternisse vorzugehen, welche diese Rebel zu verbreiten beabsichtigen sind.

Der ausgeschiedene Stadtrat Strube hat für die Verleihung des Prädikats „Stadtschreiber“ den städtischen Behörden seinen Dank schriftlich übermittelt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen nicht weniger als 20 Gegenstände, darunter 23 Rechnungssachen und 31 Angelegenheiten, deren Erledigung in nichtöffentlicher Sitzung zu erfolgen hat.

Tuch den Tod der Stadtv. Gemeinhardt und Deter ist im Rechnungsausschuß, im Siechenhaus-Kuratorium und in der Gas-, Grundeigentums-, Markthallen- und Sanitätsdeputation je eine Stelle frei geworden. Die Neuwahlen werden in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Die Vorbereitung der Neuwahlen und Ersatzwahlen von Mitgliedern und Mitglieder Stellvertretern für die Einkommensteuer-Beratschungs-Kommission überträgt die Versammlung dem Ausschuß für Befolde.

Die Gemeinde-Wählerliste

hat vom 15. bis 30. Juli er. öffentlich ausgelegen und ist von 17 050 Personen eingesehen worden. 305 Personen haben gegen die Richtigkeit rechtzeitige Einsprüche erhoben; dazu kommen 18 nachträglich eingegangene Einsprüche. Von den Protestierenden schließen 91 in der Liste, weil sie als Schlafbürscher, 79, weil sie als Steuer-ressortanten, 34, weil sie als Nichtpreußen gemeldet sind; 10 haben Unterstützung erhalten (davon 7 durch Krankenhauseinweisung). 23 sollen noch nicht ein Jahr in Berlin wohnhaft sein. Von den übrigen sind u. a. acht aus der Liste fortgeblieben, weil „ein Versehen vorliegt“; 19 Beschwerdebeführer finden sich dagegen an richtiger Stelle eingetragen.

Die Versammlung beschließt ohne Debatte, die Prüfung der erhobenen Einsprüche durch den Wahlprüfungs-Ausschuß vornehmen zu lassen.

socialdemokratischen Fraktion

ist am 8. September der Versammlung folgender Antrag vorgelegt worden:

Den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob und welche rechtliche Vorschriften bestehen, wonach der Polizeipräsident von Berlin in der Lage ist, den Leitern städtischer Schulen Anweisungen über den Ausfall des Unterrichts zu erteilen.

Der Vorsitzende Stellvertreter schlägt vor, den Antrag am Schluß der Tagesordnung zu verhandeln.

Stadtv. Ryllmann (Fr. Fr.) erhebt gegen die Dringlichkeit des Antrages, der erst heute früh in seine Hände gelangt sei, Widerspruch und stellt anheim, über denselben in der nächsten Sitzung zu beraten.

Stadtv. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich will nur konstatieren, daß in dieser Versammlung schon zu wiederholtenmalen Anträge, welche am Donnerstag früh in die Hände der Mitglieder gelangten, an demselben Donnerstag verhandelt worden sind. Die Geschäftsordnung bestimmt allerdings, daß zwischen Verteilung und Beratung zwei Tage liegen sollen; ich stelle aber fest, daß diese Benützung des Kollegen Ryllmann sich gegen einen Antrag richtet, der im Interesse unserer Einwohnerschaft den Magistrat um Auskunft über einen sehr bestreudlichen Vorgang ersucht. Daß Herr Ryllmann Widerspruch gegen einen Antrag erhebt, weil er von Socialdemokraten ausgeht, wäre ja weniger verwunderlich.

Stadtv. Gaffel (A. L.): Wenn der Kollege Ryllmann nicht seinen Widerspruch erhoben hätte, würde ich meinerseits die Vertagung der Sache beantragen haben, da letztere gefordert von einigen anderen Mitgliedern und mir in der Schuldeputation bereits zur Sprache gebracht worden ist und die Deputation auch schon ein Ersuchen um Auskunft an den Magistrat gerichtet hat. Die Vertagung zu vertagen empfiehlt sich daher umsoher, als bereits in nächster Sitzung die Auskunft des Magistrats vorliegen dürfte.

Stadtv. Singer: Es ist doch eigentümlich, daß der Vordrucker Veranlassung nimmt, vor der Begründung eines Antrages in eine sachliche Delamination desselben einzutreten. (Heiterkeit.)

Stadtv. Gaffel: Ich habe den Antrag nicht mit einem Worte bestritten (Sehr richtig!), sondern nur gegenüber einer Bemerkung des Herrn Singer, die mir auch nicht ganz zur Geschäftsordnung zu gehören schien, mir erlaubt, das Sachverhältnis aufzuklären.

Infolge des Widerspruches des Stadtv. Ryllmann muß die Vertagung des Antrages Augustin auf die

nächste Sitzung

verschoben werden. Die Zuwendung von 100 000 M. für eine Karl Spindler-Stiftung, bestehend aus einem Vermächtnis des verstorbenen Gesch. Kommerzienrats Karl Spindler von 60 000 M. und einer Schenkung der Hinterbliebenen im Betrage von 40 000 M. wird auch von der Versammlung acceptiert. Die Zinsen sollen dem Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus zur Pflege armer kranker Kinder zuzuführen.

Anlegung eines Nordparks

auf dem Terrain der Rehberge beabsichtigt der Magistrat jetzt vorzugehen. Das neue Projekt sieht die Anlage eines Parks nur in dem Umfange von etwa 25 Hektaren vor, nachdem der ursprüngliche Plan, das gesamte Gebiet der Reh- und Wurzelberge genannten sandigen Höhen zwischen Reinickendorfer- bzw. Seestraße und der nördlichen Weichselgrenze östlich der Müllerstraße in eine öffentliche Parkanlage zu verwandeln, an den maßlosen Forderungen der betr. Grundbesitzer gescheitert war. Die Begrenzung der jetzt in bedeutend reduzierterem Umfange projektierten Anlage soll durch die Straßen 41, 31, 30, 30A, 40A und 32, Abt. X des Bebauungsplanes, und die Seestraße gegeben sein. Zu erwerben wären 9 Grundstücke mit 170 280 Quadrat-

meter für 1 684 225 M., Durchschnittspreis pro Quadratmeter 9,56 M. 19 101 Quadratmeter werden ausgetauscht, 53 601 Quadratmeter sind bereits städtischer Besitz. Die Kosten sollen der (noch nicht von der Regierung genehmigten) neuen städtischen 228 Millionen-Anleihe entnommen werden.

Stadtv. Ranegold (A. L.) beantragt Ausschußberatung, desgleichen

Stadtv. Ladewig (A. L.), welcher unter mehrfachem Widerspruch aus der Versammlung hinwegweist, daß es vor allem darauf ankomme, ob die Finanzlage die Ausführung dieses Vorschlages gestatte, und anheim giebt, zu prüfen, ob nicht eventuell die Bewohner des Nordens auf den Humboldthain zu verweisen seien.

Stadtv. Geride (Fr. Fr.) erklärt sich gegen Ausschußberatung; es würde dabei ebensowenig wie früher etwas herauskommen. Man müsse dem Magistrat gratulieren, daß er wenigstens ein Stück von 100 Morgen noch zu einem Park aus jener Gegend herauszuschneiden ermöglicht habe. Die interessierten Adjacenten hätten sich auch nur bis zum 1. Oktober gebunden.

Stadtv. Singer: Wir sind auch unferreits für Ausschußberatung, können uns aber das Motiv des Herrn Ladewig dafür durchaus nicht zu eigen machen. Auch bei guter Finanzlage hat die Versammlung bisher immer geprüft, ob Ausgaben notwendig sind. Ueber die Notwendigkeit, den Bewohnern des Nordens durch eine solche Anlage Erholung zu schaffen, sollte in dieser Versammlung nicht mehr der geringste Zweifel sein; die Vorlage ist also bloß auf ihre sonstige materielle Begründung hin zu prüfen. Wenn Herr Ladewig erst Erwägungen darüber anstellen lassen will, ob der Norden sich nicht mit dem Humboldthain begnügen könne, so beweist er damit nur, daß er diese Gegend Berlins nicht kennt. Die Umwohner des künftigen Nordparks würden den größten Teil der freien Zeit, die sie überhaupt haben, auf den Weg nach und von dem Humboldthain verwenden müssen.

Stadtv. Ladewig: Wenn eine Ausgabe notwendig ist, muß sie auch bei unbefriedigender Finanzlage gemacht werden; wenn sie bloß nützlich ist, muß die Finanzlage entscheiden. Ich will die Notwendigkeit nochmals geprüft haben, ich habe mich bis jetzt weder für noch gegen das Projekt ausgesprochen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Vor dem Frankfurter Thor befinden sich zur Zeit acht

Miettschulen

mit 140 Klassen, zu denen April 1904 eine neunte in der Rigauerstraße mit 25 Klassen tritt. Von diesen 165 Klassen werden „im Laufe der Zeit“, wie die bezügliche Vorlage bemerkt, in den Neubauten Samariterstraße, Hausburgstraße, Littenauerstraße und Ederstraße 144 unterkunt finden; bleiben also 21 Klassen ohne Unterkunft, ganz abgesehen von dem inzwischen entstehenden Zuwachs an schulpflichtigen Kindern. Es soll daher von der Witwe Christoph eine ca. 5531 Quadratmeter große Landfläche an der Frankfurter Allee 140 für 271 019 M. (40 M. pro Quadratmeter) behufs Errichtung einer Gemeinde-Doppelschule erworben werden.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen. Nach Erledigung einer großen Anzahl weiterer Gegenstände ohne erhebliches Interesse schließt die öffentliche Sitzung gegen 1/7 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die Altenburgischen Parteigenossen hielten am Sonntag ihren von 51 Vertretern besuchten Landes-Parteitag in Römberg ab. Der Stand der Partei ist ein sehr günstiger, in einer Anzahl Orte bestehen socialdemokratische Vereine, die oft für einen weiten Umkreis als Stützpunkte zu dienen haben. Auch der Stand des Parteiprogramms, der „Altenburger Volks-Zeitung“, ist nicht unglücklich. — In kommenden Frühjahr finden die Landtagswahlen statt, wobei für und aber nur die sieben Sitze der 3. Wählerklasse in Frage kommen, von denen vier bereits in unserem Besitze sind. Für diese sämtlichen Sitze wurden die seitberigen Abgeordneten resp. Kandidaten wieder aufgestellt. — Ueber die Kaiserfeier wurde ein eingehendes Referat erstattet. Der Parteitag stellte sich in seiner Mehrheit auf den Standpunkt der Parteigenossen in Breslau, wonach die Maidemonstration auf den Abend des ersten Mai verlegt werden soll. — Ueber die letzten Vorgänge in der Partei referierte Genosse Stadler. Der Gedankengang seines Referats ist in nachstehender einstimmig angenommener Resolution niedergelegt: Der Parteitag der altenburgischen Socialdemokraten erblidet in den mehr als drei Millionen socialdemokratischer Stimmen einen gewaltigen Protest des Volkes gegen den Zustand, den mit der Zeit das immer mehr hervortretende persönliche Regiment geschaffen hat. Die Folge unfreies Stages wird eine weitere Verschärfung der Klassen-gegenstände sein. Unter diesen Umständen verurteilt der Parteitag mit allem Nachdruck die Haltung des Genossen Vernstein, der mit derselben zwar den Weisfall der Gegner findet, gleichzeitig aber Zwietracht in die Reihen des Proletariats hineinträgt. Der Parteitag sieht eine erhebliche Gefahr darin, daß immer mehr Ueberläufer aus dem bürgerlichen Lager zu uns kommen und dann sogleich auf führende Posten in der Partei gestellt werden. Die Partei wird und muß proletarisch-revolutionär sein und es auch bleiben, und deshalb muß es vermieden werden, daß schließlich die Führung der Partei in die Hände einer Anzahl Akademiker kommt, die sich zum Teil den Socialismus nach ihrer Art zurechnen. Die Fraktion soll verpflichtet sein, den Posten eines ersten Vizepräsidenten zu verlangen, jedoch jede häßliche Verpflichtung abzulehnen.

Die Konferenz für den Wahlkreis Dortmund-Hörde, die am Sonntag abgehalten wurde, erklärt in der Präsidialfrage folgendes: „Es ist selbstverständlich, daß die socialdemokratische Fraktion auf den Posten des ersten Vizepräsidenten Anspruch zu erheben und alle geschäftsordnungsmäßigen Pflichten zu erfüllen hat, die sich aus diesem Amt ergeben. Mit Entrüstung aber weist die Konferenz die Zumutung zurück, daß dieses Amt durch die Uebernahme hiesiger Repräsentationspflichten erkaufte werde. Ist es an sich schon ganz unzulässig, daß ein Socialdemokrat sich an monarchischen Kundgebungen beteiligt, so ist der Gedanke doppelt weit abzuweisen nach den Reden in Essen und Breslau. Die Konferenz erblidet in den Hofsängerplänen einen neuen Ausfluß jener revisionistischen Strömung, die geeignet ist, die Partei von dem altbewährten Boden des proletarisch-revolutionären Klassenkampfes abzubringen. Die Konferenz verurteilt diese Strömung auf das entschiedenste und erwartet vom Parteitag eine gleiche Stellungnahme.“

Eine Kreis-Konferenz des Wahlkreises Hocht-Homburg-Klingen tagte am 6. September in Hocht. Nachstehender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Anlässlich nach Schluß der Reichstags-Session ist im Kreise eine Agitations-tour durch Versammlungen oder durch Verbreitung von Flugblättern zu veranstalten, in denen die Tätigkeit, sowie die Beschlüsse des Reichstages erörtert werden. Dabei ist besonders die Stellungnahme des derzeitigen Abgeordneten, sowie die Haltung der socialdemokratischen Fraktion zu den einzelnen Beschlüssen hervorzuheben.“

Ferner wurde beschlossen, daß alle noch bestehenden lokalen politischen Organisationen — solche bestehen nur noch in Hocht und Homburg — sich auflösen haben, um sich mit dem Kreis-Wahlverein zu verschmelzen. Die Geschäfte des Kreises wurden dem Vorstand des Kreis-Wahlvereins überwiesen, welcher mit dem zu wählenden Bezirksleiter und den Orts-Vertrauensmännern die Agitation im Kreise zu betreiben hat. — An den Parteitag wird folgender Antrag gestellt:

Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, alljährlich nach Schluß der Reichstags-Session ein Flugblatt herauszugeben, worin in gedrängter Form die Tätigkeit des Reichstages, sowie die

Stellungnahme der socialdemokratischen Fraktion zu den wichtigsten Beschlüssen wiedergegeben werden. Das Flugblatt ist an die Kreise zum Selbstkostenpreise oder auf Antrag gratis abzugeben.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Gegen den Redakteur des „Vollkorn“, Adolf Thiele, wurde am 9. d. M. ein Verleumdungsprozess verhandelt. Unter Anklage stand eine Notiz, in der in Bezug auf zwei Lehrer behauptet wurde, daß sie die ihnen anvertrauten Schüler mißhandelt hätten. Weiter wurde gesagt, daß Besätwerden, welche dem als Schulinspektor amtierenden Pastor zugehen, nichts fruchten. Es gelang dem Genossen Thiele, bezüglich der beiden Lehrer den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Einer derselben ist bereits früher wegen Ueber-schreitung des Zuchtigungsrechts bestraft worden. Bezüglich der jetzt behaupteten Mißhandlungen wurde festgestellt, daß eine Schülerin infolge derselben 14 Tage krank war, und daß einem Knaben ein Büschel Haare ausgerissen wurden, so daß eine 5 Centimeter lange und 1 Centimeter breite kahle Stelle auf dem Kopf entstand. Der Schulinspektor behauptete, er sei stets pflichtgemäß gegen die Lehrer vorgegangen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 400 M. Das Gericht erkannte auf 60 M.

— Die gefährliche rote Kranzschleife. In Reichen wurde ein Parteigenosse begraben. Der Arbeiterverein, dessen Mitglied der Verstorbene war, hatte ihm einen Kranz mit roter Schleife gestiftet. Der Träger des Kranzes erhielt ein Strafmandat in Höhe von 10 M. und das Ertragen des staatsgefährlichen Kranzes unterlag deshalb der Beurteilung des Schöffengerichts. Der als Zeuge geladene Polizei-Inspektor Wöhme jagte aus, nachmittags gegen 1/2 Uhr habe der Pastor Sidmann den Friedhofswärter nach der Polizei geschickt und gemeldet, daß um 3 Uhr ein Socialdemokrat begraben werde, wobei es wahrscheinlich eine große Demonstration gebe. Er bitte deshalb um polizeilichen Schutz. Der Inspektor ist dann mit zwei Schuljungen nach dem Friedhof gegangen. Vor ihm hat Pastor Sidmann von der Polizei verlangt, sie solle die rote Schleife vom dem Kranz entfernen, was auch geschah ist. Der Kranzträger gab an, daß er, als Leichenträger bestimmt, nur durch Zufall den Kranz zum Tragen erhielt. Er sei gar nicht Mitglied des Arbeitervereins. Auch sei ihm, wo er den Kranz erhielt, nicht die rote Schleife aufgefassen. Diese Aussagen konnten ihm nicht widerlegt werden, so daß die Berufung Erfolg hatte. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Die Freisprechung wurde damit begründet, daß das Gericht anmahnt, daß sich der Kranzträger eines Vergehens nicht bewußt war. Es konnte ihm nicht widerlegt werden, daß er die rote Schleife erst später gesehen hatte. Ebenfalls kam in Betracht, daß er nicht Mitglied der socialdemokratischen Partei sei. Das corpus delicti, die rote Schleife, war auf dem Gerichtstisch niedergelegt. Sachsen war wieder einmal gerettet!

Aus Industrie und Handel.

Zur Erneuerung des Kohlen-Syndikats. Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: „Die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ polemisiert in einem größeren Artikel gegen die vier auferstehenden Bechen. Sie unternimmt „der Widerpenstigen Bählung“. Zuerst zeigt sie, daß trotz des gewachsenen Konsums in Kohle eine Ueberproduktion vorhanden ist. Davon ausgehend, weist sie alsdann darauf hin, wie nötig ein Zusammenschluß aller Bechen ist. In grellen Farben schildert sie weiter die Folgen eines Scheiterns des Syndikatsprojekts und verknüpft mit einer Dialektik, die sich die Wirklichkeit ignoriert, die allgemeine Meinung irrezuleiten und die „Widerpenstigen“ zu bekehren. Vor allem bedauert sie die Eisenindustrie, die dann keine Ausfuhrvergütungen mehr erhält. Das Bedauern könnte sie sich sparen. — Denn bei einem Zusammenbruch des Syndikats ist ein gewisser Fall der Kohlenpreise sicher. Angenommen, der Preis der Tonne Kohle reduziert sich im freien Vertrieb um 1,50 M., das macht bei einer Jahresförderung von ungefähr 80 Millionen Tonnen für die gesamte deutsche Industrie, welche rheinisch-westfälische Kohle brennt, eine Wänderausgabe von rund 75 Millionen Mark jährlich. Man greift ganz sicher nicht zu hoch, wenn man den Anteil der rheinisch-westfälischen Eisen-, Stahl- und Röhren-Industrie auf 1/2 dieser Förderung einschätzt, so daß also auf sie eine Wänderausgabe von 15 Millionen Mark jährlich entfällt. — Das Syndikat hat im Jahre 1902 an Ausfuhrvergütung ungefähr 3—4 Millionen verausgabt. Die Differenz stellt die Summe dar, die zu Gunsten der Bergwerke der Eisenindustrie entzogen wurde. Dazu kommt, daß die heimische Industrie zu Gunsten der fremden Länder benachteiligt wird.

Mit dem Export ist es ganz genau dasselbe. Bei belgischen und holländischen Lieferungen werden zwar einigermaßen gute Preise erzielt, anders ist es jedoch mit den Lieferungen, welche für den Seetransport bestimmt sind. Will die deutsche Kohle dann mit der englischen konkurrieren, müssen die Preise sehr erniedrigt werden. Verächtlichigt man noch, daß das Syndikat den Export in letzter Zeit kolossal forciert hat — es wird jetzt jährlich eine Million Tonnen zur See exportiert —, so ist leicht ersichtlich, daß solche Geschäfte nicht mehr gemacht werden können, wenn das Syndikat sich aufgelöst hat.

Im übrigen scheint die „N. B. Ztg.“ nicht zu wissen, daß die Preispolitik des Syndikats mit einer der Hauptfaktoren gewesen ist, welcher unsere letzte wirtschaftliche Krise verlängert hat. Hätte das Kohlen-Syndikat seinerzeit die Produktion der einheimischen Preise vorgekommen, so wäre unsere Industrie abnahmefähiger und dearrtige Verluste vermieden geblieben. Ein weiterer Irrtum scheint mir darin zu bestehen, daß behauptet wird, infolge der Krise würde der Kohlenverbrauch rapide sinken. Ein Konkurrenzkampf der Bechen untereinander würde wohl stattfinden, aber diesen eine Krise zu nennen, geht zu weit. — Infolge des besseren Geschäftsganges unserer gesamten Industrie wird der Konkurrenzkampf bald in geschlossenen Bahnen einleiten, so daß ein Sinken des Verbrauchs ganz ausgeschlossen erscheint.

Kartell-Enquete. Die nächste Sitzung der Kartellkommission ist auf den 23. September angelegt. Zur Verhandlung steht das Druckpapier-Syndikat. Sieht man von einigen wenigen Gelehrten (Conrad, Schmöller, Franke) und Abgeordneten (Deumer und Wollenbutz) ab, so sind die Sachverständigen, die geladen worden sind, fast ausschließlich Papierinteressenten oder Zeitungleute. Von den großen Berliner Blättern entsenden Vertreter: „Kreuzzeitung“, „Post“, „National-Zeitung“, „Vossische Zeitung“, „Freiwilrige Zeitung“, „Berliner Tageblatt“, „Deutsche Tageszeitung“, „Local-Anzeiger“; aus dem Reich sind geladen die Vertreter der „Köln. Ztg.“, „Köln. Volksz.“, der „Rhein.-Westf. Ztg.“, der „Frankf. Ztg.“, der „Magdeburgerischen Ztg.“, der „Münch. Reichs-Anz.“ und des „Hannov. Courier“; ferner mehrere große Papierhändler.

Die Eisen-, Stahl- und Maschinen-Einfuhr nach Rußland im Jahre 1902. Die Gesamteinfuhr an Eisen nach Rußland stellte sich im Jahre 1900 auf 3,2 Millionen Pud (1 Pud = 160 kg.), im Jahre 1901 auf 1,8 Millionen Pud und im Jahre 1902 auf 1,1 Millionen Pud.

Die Einfuhr von Eisen in Stangen, Stäben, Platten usw. nach Rußland stellte sich im Jahre 1899 auf 15,9 Millionen Pud, 1900 auf 5,7 Millionen Pud, 1901 auf 5,3 Millionen Pud und 1902 auf 3,7 Millionen Pud. Die Einfuhr ist hiernach in den letzten Jahren stark gefallen. Sie gliederte sich nach den einzelnen Sorten, wie folgt:

	1899	1900	1901	1902
Eisen in Stäben, Sorten usw.	8,039	2,686	2,242	1,145
Eisen in Blättern bis Nr. 25 nach Birmingham, Russl.	6,102	1,645	1,600	1,058
Desgleichen in Blättern über Nr. 25	1,757	1,364	1,499	1,236

Der Bezug von Eisen in Stäben usw. sowie in Blättern bis Nr. 25 hat hiernach eine bedeutende, immer mehr zunehmende Einbuße erlitten. Hauptlieferant für diesen Artikel ist Deutschland. Von der russischen Gesamteinfuhr entfielen 34,9 Proz. im Jahre 1902 auf die Dörschäfen.

Die Stahleinfuhr Russlands betrug im Jahre 1899: 2 374 000 Pud, 1900: 1 111 000 Pud, 1901: 795 000 Pud und 1902: 718 000 Pud. Nach den einzelnen Stahlsorten gliederten sich die Einfuhrmengen folgendermaßen:

	1899	1900	1901	1902
Stahl in Stäben, Sorten, Stangen und Bruch	1898	918	663	596
Stahl in Blättern bis Nr. 25	423	167	108	110
Desgleichen über Nr. 25	53	31	26	22

Auch in der Stahleinfuhr ist ein fortwährender Rückgang zu verzeichnen. Haupt-Bezugsquellen sind Deutschland und Großbritannien. Von der Gesamteinfuhr entfielen 63,8 Proz. auf die Dörschäfen.

In Eisenbahnstahlen und anderen Eisenbahnmaterialien gingen nach Russland im Jahre 1899 rund 748 000 Pud, 1900 rund 304 000 Pud, 1901 rund 81 000 Pud und 1902 rund 55 000 Pud ein. Die Einfuhr ist also im Jahre 1902 zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Bei dem Ausschluß der ausländischen Einfuhr spielt die Anordnung der russischen Regierung eine Rolle, wonach bei der Ausführung öffentlicher Arbeiten für den russischen Staat und die von ihm abhängigen wirtschaftlichen Einheiten, wie z. B. Eisenbahngesellschaften, nur russisches Erzeugnis verwendet werden darf.

Die Maschineneinfuhr des gesamten russischen Reiches besetzte sich im Jahre 1899 auf 11,8 Millionen Pud, 1900 auf 8,7 Millionen Pud, 1901 auf 6,0 Millionen Pud und 1902 auf 5,6 Millionen Pud. Die Einfuhr ist seit dem Jahre 1899 auf etwa die Hälfte zurückgegangen. Im Jahre 1902 (und 1901) wurden für industrielle Zwecke 3,6 (3,4) Millionen Pud, für landwirtschaftliche Zwecke 1,8 (1,6) Millionen Pud eingeführt.

Der wichtigste Lieferant für die russische Maschineneinfuhr ist Deutschland, welches im Jahre 1902 Maschinen im Werte von rund 24 Millionen Rubel nach Russland einfuhrte. In zweiter Stelle steht Großbritannien. Dann folgen in weitem Abstande Oesterreich-Ungarn, Amerika, Schweden, Belgien und Frankreich. An der gesamten russischen Maschineneinfuhr waren die Dörschäfen im Jahre 1902 mit 31,7 Prozent beteiligt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Verein der Bauanschläger hat am 6. d. M. beschlossen, dem Metallarbeiter-Verband beizutreten. Der Vorstand wurde beauftragt, die nötigen Schritte hierzu zu thun.

Achtung! Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen! Bei der Firma Lange in Neu-Ruppin befinden sich unsere Kollegen und Kolleginnen noch im Auslande. Wir ersuchen, Bezug nach Neu-Ruppin streng fernzuhalten, ebenso warnen wir speziell unsere Kollegen in den hiesigen Luxus-Papierfabriken, Streitarbeit nach dort anzufertigen. Die Einbanddecken tragen als äußeres Zeichen die Firma Gustav Kühn. Sobald derartige Arbeiten hier unseren Kollegen angeboten werden, bitten wir um sofortige Benachrichtigung nach unserem Bureau, Engel-Ufer 15, II.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Charlottenburg. Die Inhaber der Sammellisten für die Crimmitschauer Textilarbeiter werden ersucht, mit denselben bei Jost, Spandauer Berg 7, abzurechnen.

Der Ausschuß der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Öffentliche Angelegenheiten oder Fabrik-Angelegenheiten. Als die Metallarbeiter der Rothmannschen Nähmaschinen- und Fahrradfabrik in Niddorf streikten, berief der Metallarbeiter Pagels als Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der genannten Fabrik ein, um ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme zum Streik zu geben. Da es sich um die Besprechung von Angelegenheiten handelte, die nur die Arbeiter der betreffenden Fabrik angehen, so meldete der Einberufer die Versammlung nicht an, denn das Vereinsgesetz schreibt die Anmeldepflicht bekanntlich nur für solche Versammlungen vor, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. Die Polizei legte den Begriff „öffentliche Angelegenheiten“ anders aus wie der Einberufer. Sie hielt die Versammlung für anmeldepflichtig, und deshalb wurde sowohl der Einberufer Pagels, wie der Inhaber des Versammlungslokals, Gastwirt Ruffich wegen Vergehen gegen § 1 des Vereinsgesetzes angeklagt. — Schöffengericht und Landgericht sprachen indessen die

Angeklagten frei. Das Landgericht führte aus, es stehe fest, daß die Arbeiter der Fabrik die Versammlung gewünscht hätten und daß ihr Zweck gewesen sei, die inneren Angelegenheiten der Rothmannschen Fabrikarbeiter zu erörtern. Außer Pagels, der nicht in der Fabrik tätig gewesen war, wären auch nur Arbeiter der Rothmannschen Fabrik in der Versammlung gewesen. Wenn auch Pagels gesprochen habe, so wären doch nur die Verhältnisse der Fabrik besprochen worden. Somit sei nicht anzunehmen, daß in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten hätten erörtert werden sollen. Einer Anmeldung hätte es also nicht bedurft.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, die Angelegenheiten der Rothmannschen Fabrik und ihrer Arbeiter seien dadurch zu öffentlichen Angelegenheiten geworden, daß die Versammlung von außerhalb der Fabrik stehenden Personen bezw. einer derartigen Korporation veranstaltet worden sei. (Herr Pagels und der Metallarbeiter-Verband.) Es hätte sich um die Ausnutzung der internen Angelegenheiten der Rothmannschen Arbeiter zu den Zwecken eines sozialpolitischen Arbeiterverbandes gehandelt.

Das Kammergericht verwarf die staatsanwaltliche Revision mit folgender Begründung: Der Begriff der öffentlichen Angelegenheiten sei dem Landgericht nicht verkannt worden. Die internen Angelegenheiten der Arbeiter einer Fabrik würden auch dadurch nicht zu öffentlichen Angelegenheiten, daß die Versammlung jener Arbeiter, die sich damit beschäftigte, von dieser Seite einberufen werde und die Besprechung nicht von einem dieser Arbeiter, sondern von einer dritten Person vorgenommen werde.

Deutsches Reich.

Die Maurer in Ebersfeld-Barmen führen seit einigen Wochen eine Lohnbewegung. Sie fordern einen Stundenlohn von 48 Pf., der vom nächsten Frühjahr ab auf 50 Pf. erhöht werden soll. Die Bewegung hat bisher einen für die Arbeiter günstigen Verlauf genommen. Eine Anzahl von Unternehmern haben, zum Teil durch Bauplatten veranlaßt, die Forderungen bewilligt. Nächstlich hat die Innung in Barmen beschlossen, alle Mitglieder des Maurerverbandes auszusperrten, in der Annahme, dadurch der Lohnbewegung ein Ende zu machen. Neuerdings hat der Vorstand der Barmener Innung an die Innungsmeister und Baunternehmer des Sapperthales die Aufforderung gerichtet, dem bezeichneten Beschluß beizutreten und die organisierten Maurer auszusperrten. Es ist fast mit Sicherheit anzunehmen, daß es trotz der Innungsbeschlüsse nicht zu einer allgemeinen Aussperrung kommen wird. Der Aussperrungsbeschluß sollte wohl nur abschreckend auf die Ausständigen wirken. Die von den Unternehmern erhoffte Wirkung hat er jedoch nicht gehabt. Die Maurer halten an ihren Forderungen fest und sind entschlossen, in jedem Falle ihre Bewegung durchzuführen.

Die Konditorgehilfen von Hamburg-Altona beschließen in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern für Konditoren und Bäckereien: Abschaffung der Naturalverpflegung, dafür geregelte Arbeitszeit und Festsetzung eines Minimallohns sowie Bezahlung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit; für Fabrikanten: neunstündiger Arbeitstag, Abschaffung der Accorarbeit, dafür einen Minimallohn für die einzelnen Posten sowie Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. In Bäckereien soll sofort vorgegangen, in den Fabriken soll die Forderung einzeln eingereicht werden.

Die Lohnbewegung der Zimmerer in Erfurt ist nach vierwöchentlichem Kampfe mit teilweisem Erfolge als beendet erklärt. Bei Beginn des Streiks verlangten die Zimmerer einen Minimallohn von 45 Pf. Die gegenwärtige Vereinbarung mit der Lohnkommission sieht einen Minimallohn von 48 Pf. pro Stunde vor. Die Meister bewilligten demnach die Hälfte der geforderten Lohnerhöhung und die Gehilfen gaben sich damit zufrieden. Die Organisation hat durch den Streik eine ansehnliche Stärkung erfahren.

Herr im Hause. Veranlaßt durch die wirtschaftliche Depression im Textilarbeiter wurden in den betroffenen Fabriken Festeinschichten eingelegt. So auch in der Fabrik des Färbereibesetzers Rauhen in Krefeld. Derselbe hatte die Arbeitszeit um zwei Stunden täglich verringert und ließ außerdem abwechselnd einen Teil seiner Arbeiter eine Woche feiern. Wöchentlich verlangte er, als das Geschäft sich hob, die Arbeiter sollten Ueberstunden machen und Nachtarbeit verrichten. Die Arbeiter stellten aber das Ersuchen an Rauhen, die feiernden Arbeiter einzustellen und für den Betrieb die zehnstündige Arbeitszeit wieder einzuführen, es sei dann nicht nötig, Ueberarbeit zu machen. Auf diesen vernünftigen Vorschlag hatte der Unternehmer weiter keine Antwort, als er thue was ihm beliebt und würden dann sämtliche Arbeiter entlassen. Eine Vermittlung der Vertreter des deutschen Textilarbeiter-Verbandes lehnte er mit dem Bemerkens ab, er erkenne die Arbeiterorganisation nicht an. Der richtige Prozenzstandpunkt.

Sociales.

Der Vergleich.

Der Markthelfer M. sucht mit dem Obsthändler Thrum vor dem Berliner Gewerbegericht einen Entschädigungsstreit wegen vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses aus. Die Verweiserhebung fiel in formal rechtlicher Beziehung zu Ungunsten des Klägers aus. In Anbetracht der im vorliegenden Fall obwaltenden Umstände hielt der Gerichtshof unter dem Vorbehalt des Herrn la Biseur einen Vergleich für angemessen. Es wurde ein Vergleich auf 15 M. vorgeschlagen, den der Kläger annahm. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Beklagter Thrum die 15 M. zahlen wolle, erklärte dieser: ja. Die als Zeugin anwesende Mutter des Beklagten, Frau Thrum, warf erregt dazwischen: „Aber, wie kannst Du dem...“ Eine ernstliche Ermahnung des Vorsitzenden ließ sie verstummen. Jetzt wollte der Beklagte mit einemmal die Frage des Vorsitzenden nicht richtig verstanden haben. Er behauptete, er hätte sich nicht auf 15 M. vergleichen wollen. — Der Gerichtshof zog sich zur Beratung über dies eigentümliche Verhalten zurück und entschied dann, daß der Vergleich als perfekt geworden anzusehen sei.

Das Gruben-Gehheimzeichen. In einem ober-schlesischen Bergwerke wurde vor einiger Zeit ein Arbeiter entlassen, da er sich mit einem Steiger nicht verstehen konnte. Seine Bemühungen, anderwärts Arbeit zu erhalten, schlugen fehl; sobald man sein Entlassungspapier gesehen hatte, wurde er mit dem Ausdruck des Bedauerns abgewiesen. Da zeigte ihm gelegentlich ein Beamter ein im Papier befindliches Zeichen und sagte: „Lieber Mann, so lange in Ihrem Entlassungspapier dieses Zeichen steht, erhalten Sie nirgends auf Gruben Arbeit.“ Nun verlangte der Arbeiter von dem bez. Steiger die Ausstellung eines anderen Scheines ohne das Zeichen, was auch geschah, worauf er sofort Beschäftigung erhielt. Wegen dieses Geheimzeichens und des dadurch hervorgerufenen Lohnausfalles hat nunmehr der Arbeiter das ober-schlesische Gewerbegericht angerufen. Ob für andere Bergwerke (politische Stimmung etc.) ähnliche Geheimzeichen bestehen, dürfte event. die Gerichtsverhandlung ergeben.

Einen Bau-Ausscher aus dem Arbeiterstande anzustellen, mußten die Stadtväter der bayerischen Stadt Schweinfurt gezwungen werden, da die Herren sich durchaus nicht zu dieser sozialpolitischen Maßregel verstehen wollten. Nachdem die unterfränkische Kreisregierung seit über einem Jahre wiederholt dahingehenden Auftrag an den Magistrat hatte ergehen lassen und der Gewerbe-Inspektor einen Bericht über die lebensgefährlichen Zustände auf den Bauten und die mangelhafte Kontrolle, die von einem städtischen Beamten nebenbei ausgeführt wird, eingereicht hatte, gab die Regierung dem Magistrat endlich die strikte Weisung, bis 15. September die Anstellung zu vollziehen, widrigenfalls die Regierung selber einen Ausscher aus dem Arbeiterstande auf Kosten der Stadt anstellen werde. Nun mußte man sich wohl oder übel zu dem unangenehmen Schritte bequemen und einen Bau-Ausscher anstellen mit monatlich 120 Mark Gehalt. Aber auch dabei konnten es sich die Herren nicht verkneifen, ihre arbeiterfeindliche Gesinnung zum Ausdruck zu bringen, indem sie beschloßen, daß die Anstellung nur auf acht Monate jährlich zu erfolgen habe. Während des Winters soll der Mann am Nagerloch nagen, denn die Baumeister, die er vielleicht in seiner Eigenschaft als Beamter wegen Vergehens gegen die Bauarbeiter-Schutzbestimmungen zur Anzeige gebracht hat, werden sich hüten, ihm Arbeit zu geben.

Aus der frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am Montag Herr Krille über Jugendberziehung. Der Vortragende hatte an sich selbst erfahren, in wie schädlicher Weise die Individualität eines Kindes in einer staatlichen Erziehungsanstalt unterdrückt wird. Er wandte sich energisch gegen all die Ausschüßel, welche noch heute in Schule und Haus geübt werden. Die Veranstaltung folgte den Ausführungen mit regem Interesse, und in der Diskussion wurde die Frage angeregt, ob es nicht möglich wäre auf die Erziehung der Kinder in Arbeiterkreisen durch Herausgabe einer Zeitschrift erzieherische und beredende Einflüsse auszuüben.

Die nächste Vereinsversammlung findet am 21. September statt.

Eingegangene Druckschriften.

Offener Brief der bolschewistischen Partei (B. S. S.) Deutschlands an die deutsche Socialdemokratie. 24 Seiten. Druck-Berlin 1903. Nicolaus Krausverlag.

Job. Naumann, „Wer soll kaufmännische Wissenschaft lehren?“ Preis 1 M. Verlag: Johannes Naumann, Durlach.

Leibniz, „Korvetten-Kapitän a. D.“ Zum entscheidenden Kampf um die Militär-Pensionsgesetz-Novelle. Preis 50 Pf. Leipzig und Neustadt 1903. Barnowische Verlagsbuchhandlung (Emil Freese).

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Theater.
Freitag, 11. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus. Die Stimme von Vortici.
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.
Neues Operntheater. Die Geisha, oder: Eine japanische Ehechausgeschichte.
Weiten. Geschlossen.
Kessing. Die Ehre.
Deutsches. Ronna Banna.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Residenz. Lustige Chemänner. Vorher: Zum Einliebder.
Neues. Eine Frau ohne Bedeutung.
Thalia. Der Hochtourist.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Leich.
Anfang 8 Uhr:
Nieder-Spielhaus (Kroll). Nieder-Spiele und Jhellen. Vision nach dem Valle.
Schiller O. (Wallner-Theater). Was ihr wollt.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Der Bibliothekar.
Aleines. Nachtschl.
Trianon. Die Notbrücke.
Carl Weiss. Amor in Wids.
Luisen. König und Soldat.
Welle-Alliance. Spezialitäten.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Urania. Taubenstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstraße 57/62.
CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 165.
!! Menschliches Doppelwesen:
die zusammen-gewachsenen Schwestern
20 Jahre alt, spielen Violine!
Passage-Theater
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen-tags 5 Uhr. Anfang der Abend-vorstellung 8 Uhr.
Man muss sie wiedergesehen haben die **LONA**
in ihrer Original-Scene
Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
14 erstklassige Nummern.
Auftreten der Lona 10 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Eine Frau ohne Bedeutung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Freitag:
Die Notbrücke.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Amor in Wids.
Gr. Kaufmanns- u. Gesangs-Bühne in 4 Akten und 7 Bildern von Ernst Ritterfeld. Musik von Wb. Biber. Anf. 8 Uhr. Vorher: Dieselbe Vorst. Sonntagnachm. 3 Uhr: Maria Stuart.
W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 10.
Farinelli.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntags: Geschlossen.
Sonntag: Farinelli.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
5 Löwe, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen: Wochentags 4-5, 6-7 Uhr, Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr. Eintritt: Sperrsitz 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Deutsch-Amerikanisches Theater
(fr. Bunte's Theat.), Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Gastspiel Wolf Philipp.
Der Sensations-Erfolg Ueber'n großen Leich
Weitere Bilder mit Uelang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akte.
Billets 4 Wochen im voraus.
Casino-Theater.
Kottbingerstraße 37.
Anfang 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Großer Sensations-Erfolg!
Tolle Kadetten.
Vorher das glänz. Eröffnungsprog. Sonntagnachm. 4 Uhr: Badekuren etc.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare.
Sonntagsabend 8 Uhr:
Der Talisman.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Romeo und Julia.
Sonntagsabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwank in 5 Akten v. G. v. Moser.
Sonntagsabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Der Talisman.
Sonntagsabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Metropol-Theater.
Der größte Erfolg dieser Saison!
Wiederauftreten
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marten.
Grete Meyer. X Müller Linke.
Zum 243. Male:
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Ballets. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —
Cirkus Busch.
Freitag, den 11. September 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Miss Claire Heliot, die Löwenbraut.
Erotisches Mouffe-Tableau.
!! Eine Hirschjagd!!
P. Münder mit seinen toll. Produkt.
Dir. Busch mit seinen neuen Dress.

Luisen-Theater.
Zum erstmal:
Mönch und Soldat.
Charakterbild in 3 Akten v. Fr. Kallcr.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagsabend: 100 000 Thaler.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Faust.
Abends 8 Uhr: Mönch und Soldat.
Montag: 100 000 Thaler.
Residenz-Theater
Direktion S. Lauterburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustige Chemänner.
Vorher: Zum Einliebder.
Sonntagsabend zum erstmal: Das beste Mittel. Vorher zum erstmal: Zphing.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Seine Kammerjosef.
Café-Haus
Ans. Fritz Heinisch. Betr. Fritz Mayer.
Amstotbuser Thor, Dresdenerstr. 128.
Kasse 10 u. 15 Pf. Thee, Chokolade etc. — 50 Bellungen liegen aus. — 2 Billards stehen zur Verfügung.

Cirkus Schumann

Erste Vorstellung, den 11. September, abends 7 1/2 Uhr:
Extra-Vorstellung
 mit ganz extra gewähltem Programm.
Tagesgespräch von Berlin:
 Herr Julius Seeth mit seinen nicht im zoologischen Garten gesessenen
25 männlichen Löwen.
 Ein Reiter-Bravourstück
 in der
Horizontalmanege.
 Gründung des Dir. W. Schumann.
 Dir. Albert Schumanns vollständig neue Original-Dressuren.
Zoologisches Potpourri
 des Herrn Leb.
 Sonntag in beid. Vorst.: 25 Löwen.

Apollo-Theater.

Zum **128. Male: Die Liebes-Jusel**
 mit dem grandiosen Briefmarken-Ballett. Ferner:
Jean Clermonts Cirkus u. Bailey.
 Montroll. Pöttingers Schwed. Quintett.
Miss Mildred de Grey
 amerikanische Barfuss-Tänzerin.
 Neu! Messlers Biophon, Photographie.

Fröhels Allerlei-Theater

fr. Puhmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.
 Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Konzert-, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellungen
 in völlig neuem Künstlerpersonal finden nur noch
 Mittwochs, Sonntags u. Montags statt.
 Im Zuschauersaal: **Gr. Ball.**
 Die Kaffeetische sind geöffnet von 2 bis 8 Uhr.
 Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.
 Mittwoch, den 16. d.: Letzte Vorstellung.
 Mittwoch: **Elite-Tag.**
 Sonntag: **Gala-Vorstellung.**

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76-77 (Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
 Täglich vollständig neues konkurrenzloses Reizen-Programm.
 Orig. Robert u. Bertram sind wieder da. Orig. Glenn Fredoff. Orig. Tom Bryarly. Fred u. Lilla Allons. Eugen Freiberg. Claire Wegener. Mlle. Friedrich.
Grosser Ringkampf.
 Emil Nitschke - Willi Holback. Juchst von der Tournee aus England, fordere ich Ringkämpfer und starke Leute auf, sich mit mir im Ringkampf zu messen und zahle 50 M. Brämie, wer im stände ist, mich in 30 Minuten zu besiegen.
 Hochachtungsvoll 2468
Emil Nitschke.
 Sonnab., Sonntag, Montag: Tanz. Anf. 8 Uhr, 5 Uhr, 4 Uhr.

Palast-Theater Feen-Palast.

Burgstr. 22.
Heute
Grosse Extra-Elite-Vorstellung.
 Nur einmalige Aufführung!
„Tribby“.
 Schauspiel in 4 Akten v. W. W. Potter.
 Das glänzende Programm.
 Morgen und folgende Tage:
Der neue Schlager:
Geniesst das Leben.
 Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9. Direkt.: M. Kalbo.
 Täglich: **Alt-Heidelberg du Feine.**
 Wiederholung in 3 Akten von D. Richter.
Konzert und Ball.
 11. u. 12. Paula Grigatti, Kostüm-Soubd.
 Original Eugon Milano, Langhummorist.
The Berlings,
 die singenden Lustleuten.
 Neu! Cabarets Neu!
 Miniatur-Bamber-Handchen.
 Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

Bernhard Rose-Theater

Geländbrunnen, Badstraße 58.
 Freitag, den 11. September cr.:
Robert und Gertram.
 Felle mit Gefang u. Tanz in 4 Aufzügen von Maeder.
Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
 Anfang 5 Uhr.
 Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saale statt.
 Mittwoch, den 16. September 1903:
Eröffnung der Winterfaison.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
 Sonntag mittags 1/2 2 Uhr:
 Brandenburger Thor nach Gieselsmerder bei Freund. Mittwochs, den 16. d. M.: **Verammlung im Böhm. Braubaus.** Die Mitglieder werden erlucht, in dieser Verammlung ihre Mitgliedskarte bis inkl. September in Ordnung zu bringen, gnedts vierteljährlicher Bundesabrechnung.
 NB. Billets z. Stiftungsfeste am 19. September bei K. Krossmann, Gartenstr. 39, vorn III. O. Kademmann, Adalbertstr. 3. 13/14
 Siehe Sonntags-Annonce.

Ostbahn-Park.
 Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
 Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Sanssouci.
 Täglich:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Nach der Solree:
Tanzkränzchen.
 Dienstag, den 15. September cr.: Erster Theaterabend. **Die Lieber des Musikanten.** Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Rud. Knefel.

Reichshallen
 Stettiner Sänger (Reibel, Pietro, Driften, Steidl, Böhm, Bödman, Blätner, Schrader, Eberino jr.)
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

WINTERGARTEN

Das **Sensations-Programm**
 Florence u. Lillian, musik Nummer. Anne Dancrey, Pariser Soubrette. Die drei Macagnos, Scenen im Café. Florence Moore, amerik. Sängerin. Mlle. Marguerite, Löwen-Dresseuse. Das Morgue, die lebende Puppe. Lionel Strongfort, Kraftproduktion. Alexia, Bravourtänzerin. Die Tenchi Truppe, japan. Zaubertrick. Hickey u. Nelson, amerik. Excentrics. Paul Ceste, Bariton von der Gr. Oper in Paris.
 Die Jahrmärktprinzess, Ballett-Div. Biograph, Bilder des Papstes.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
 Täglich: **Franz Sobanski** und das vollständig neue Artistenpersonal. Ausserdem:
Die weiße Dame.
 Mittwoch, Sonnab., Sonntag: Tanz. Anf. 1/8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
 Jeden Tag:
Konzert
 des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferraro.
 Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Künstl. Zähne, tadellose Ausführung
 von 3 M. an, Plomben von 2 M. an
Max Guckel, Lausitzer Platz 2.
 Bezugspreis dieses erhält: 4 M. Ermäßigung bei Auftrag von 20,00 M., unter 20 M. 2 M. 20512
 Teilzahlung gestattet.

Kopfläuse nobst Brut ver-schwinden sofort durch **„Puffi“**
 Cuschiölich. Erfolg über-raschend. In Drogerien 50 Pf.

Unter dem Protektorat Ihrer Kgl. Hohheit der Frau Prinzessin Friedrich Leopold von Preussen.
Allgemeine Ausstellung für Volkshygiene und Wohlfahrts-Sinrichtungen
 verbunden mit Ausstellung für Gartenbau, Landwirtschaft, Molkerei und Imkerei, veranstaltet zum Besten des Vereines „Arbeitsstätte für arbeitslose Familienväter und Mütter“ in den Gesamträumen der **Unions-Brauerei**, Hasenheide 22-31.
Heute Freitag: Translateur-Konzert unter pers. Leitung des Komponisten. — Entree 25 Pf.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
 Morgen, Sonnabend, den 12. d. M., in F. Kellers Festsälen, Kopenstr. 29:

Grosses Kostüm-Fest.

Neu! Berliner Leben. Neu!

Grossartige Saaldekoration.
 Billet für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf., inkl. Tanz. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Billets sind noch bei den Werkstätten-Vertrauenspersonen sowie in unserem Bureau, Engel-Ufer 15 II, bis morgen abend 6 Uhr zu haben.
Die Zahlstellen sowie das Bureau sind morgen geschlossen.
 Zahlreichen Besuch erwartet 25/4
 Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Jülichau-Schwiebus-Krossen-Sommerfeld.

Der Verein feiert sein
1. Stiftungs-Fest
 am Sonnabend, den 12. Septbr., in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstraße 75, verbunden mit **Gesangs-Aufführungen, humoristischen Vorträgen und Tanz.**
 Anfang 8 1/2 Uhr. Damen-Billet 0,30 M. Herren-Billet 0,50 M.
 Der Ueberflus wird für Wohltätigkeit verwendet.
 Alle werthen Freunde und Gönner des Vereines werden hiermit herzlich eingeladen. — Man möchte sich vorher mit Billets versehen.
 Rasse findet nicht statt.
 NB. Billets sind noch zu haben bei Genossen Eitner, O. 17, Ruchstrasse 69, vorn IV; Rudolf, Dranienstr. 44, d. II; Pohl, Schönholzerstr. 12.
 Unsere nächste **Mitglieder-Versammlung** findet am **Dienstag, den 15. September**, abends 8 1/2 Uhr, bei Grosser, Dirschstr. 39, vorn I (früher an der Stadtbahn) statt.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichtverhaltung von der Provinzial-Konferenz. 2. Vereins-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. 250/6
 Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen erucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
 Sonnabend, den 19. September, in Kellers Festsälen, Kopenstrasse 20:
11. Stiftungs-Fest (1893-1903).
Symphonie-Konzert
 festrede & Gesang & Grosser Ball.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Billet 50 Pf.
 Zu beziehen auf den Zahlstellen des Verbandes und im Verbandsbureau, Gewerkschaftshaus. Auf den Zahlstellen wird am 19. September von 7 bis 9 Uhr laßert.

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Sonntag, den 13. September, finden in den bekannten Lokalen die **Bezirks-Sitzungen** statt.
 Um rege Beteiligung erucht **Die Kommission.**
 Montagabend 8 Uhr, Engel-Ufer 15: **Kommissions-Sitzung.**
 Sonntag, den 13. September, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung der Bautischler
 im Gewerkschaftshause, Saal IV.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Diskussion. 3. Die Heimarbeit. 4. Wahl eines Obmannes.
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht. — Mitgliedsbuch legitimiert. 87/6
Der Obmann.

Verband der Wäsche- u. Krawattenbranche Deutschlands.

Hilale Berlin.
Branchen-Versammlungen:
Wäsche-, Blusen-, Krawattenzuschneider!
 Sonnabend, den 12. September 1903, abends 8 1/2 Uhr, in **Stiemunds Festsälen**, Linienstr. 8 und Joststr. 4.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **E. Rosenow** über: „Gustav Adolf, ein Glaubensheld des Bürgertums.“ 2. Diskussion. 3. Werkstatt-angelegenheiten und Verschiedenes.
 Die Kollegen von **L. Zwanzig** und **Gebr. Borchardt** sind ganz besonders zu dieser Verammlung eingeladen.
Mäherinnen, Einstemmerinnen, Knopfloch-Arbeiterinnen, Wäscherinnen und Plätterinnen
 am Donnerstag, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von **Merkowski**, Andreadstraße 26.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag von **Freulein Dr. Springer** über: „Berufsfraktionen.“ 2. Diskussion und Fragestellung. 3. Verschiedenes.

Oderbrueher und pommersche Gänse

sowie Gänsefleisch, Lebern, Vieren u. Gänseflein empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen
Fritz Weber, Grüner Weg 57, im Keller.

Oderbrueher und pommersche Gänse
 sowie Gänsefleisch, Lebern, Vieren u. Gänseflein empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen
Fritz Weber, Grüner Weg 57, im Keller.

Orts-Krankenkasse

der **Sattler u. verw. Gewerbe zu Berlin.**
 Sonnabend, 19. September 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
 der gewählten Vertreter der Kassenmitglieder
 in den „Arminhallen“ (großer Saal), Kommandantenstr. 20.
 Tages-Ordnung:
 Wahl eines Mitgliedes zum Vorstand für 1903-1904.
 Abends 9 Uhr, im selben Lokale: **Gemeinsame General-Versammlung**
 der Vertreter d. Kassenmitglieder u. Arbeitgeber.
 Tagesordnung:
 1. Aenderung der §§ 4, 6, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 17, 19, 20, 21, 23, 28, 37, 38, 40, 52, 66 des Statuts sowie des § 8 des Anhanges zum Statut.
 2. Verschiedenes.
 Nur die mit Legitimation versehenen Vertreter haben Zutritt.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erucht 276/7
Der Vorstand.
 Gottlieb Hanks, Walter Dittmann, Vorsitzender, Schriftführer.

Große Betten 12 M.

(Überbet, unterbet, zwei Betten) mit gereinigtem neuen Federn bei **Gutkow Duldig, Berlin S., Prinzenstr. 46.** Preisliste kostenlos. Viele Anerkennungs-schreiben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Achtung, Metalldrucker! Versammlung.

Sonnabend, den 12. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Der Stand der Lohnbewegung. Referent **Cohen.**
 Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
 Es werden Legitimationskarten ausgegeben für diejenigen Kollegen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten. 121/7

Achtung, Gürtler! Versammlung.

Montag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 4):
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Der Stand unserer Lohnbewegung. Referent **Cohen.**
 Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
 Es werden Legitimationskarten ausgegeben für diejenigen Kollegen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten.

Konferenz der Vertrauensleute des Nordens.

Sonnabend, den 12. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, bei Diele, Adlerstr. 123:
Konferenz der Vertrauensleute des Nordens.
 Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Bauanschläger Deutschlands.

Sonntag, den 13. Septbr., vorn 10 Uhr, Neue Friedrichstr. 20 bei Koch:
Ausserordentliche General-Versammlung
 sämtlicher Ortsgruppen.
 Tages-Ordnung: 1. Anlaufschfrage an den Metallarbeiter-Verband. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 35/19
Der Vorstand.

Central-Krankenkasse der Maurer etc.

Sonntag, den 13. September, vormittags 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Gewerkschaftshause, Saal 5.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl der Hilfskassierer. 3. Kassenangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. 149/5
 Für die Verwaltung: **Paul Hoffmann.**

Achtung! Putzerträger Berlins und Umg. Oeffentliche Versammlung

Sonntag, den 13. September, vormittags 12 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
 im Lokal von **Wernau**, Schwedterstr. 23.
 Tages-Ordnung:
 1. Die augenblickliche Lage im Baugewerbe und welche Stellung nehmen die Putzerträger hierzu ein. Referent: Kollege **Rich. Wonda.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Putzerträger erforderlich. 40/5
Die Ortsverwaltung. F. H. S. Heidemann.

Achtung! Ball- und Reiseschuh-Arbeiter!

Sonnabend, den 12. September 1903, abends 8 1/2 Uhr, in den „**Andreas-Sälen**“, Andreadstr. 26:
Oeffentliche Versammlung
 sämtlicher in der Reise- und Ballschuhbranche beschäftigten Arbeiter.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Davidsohn** über: „Die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation.“ 2. Diskussion. 3. Die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Ballschuhbranche. 4. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch und rege Agitation für diese Verammlung erwartet **Der Einberufer.** 170/9

Tischlerverein zu Berlin.

Sonntag, den 13. September:
Herrenpartie nach dem Lehnitzsee.
 Treffpunkt bis früh 9 Uhr in **Dalldorf**, Restaurant „Zur Mühle“. Beste Verbindung: Strothenbalkenlinen Nr. 27 und 28 ab Orly über Reichplatz, Nannow-Brücke, Wolfenmarkt, Hadericher Park, Brandenburger Thor, Wedding, und Nr. 32 ab Charlottenhof (Unter den Linden), Dranienburger Thor oder Stettiner Bahn. 100/9
Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines theuren Mannes lasse ich hiermit allen, insbesondere dem Gelangvereine „Gorobris“, dem Lotterieverein „Gottung“ und dem Vereine „Blumenfreunde“ meinen herzlichsten Dank.
 258/2
Witwe Olga Neumann.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Gatten und lieben guten Vaters lasse ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten den innigsten Dank.
 151/16
Frau und Tochter Margarete Krumnow.

Orts-Krankenkasse Goldschmiedegewerbe zu Berlin.

Einladung!
General-Versammlung
 sämtlicher Delegierten der Herren Arbeiter und Arbeitnehmer am
 Sonnabend, den 19. Sept. 1903, abends 8 1/2 Uhr, im „**Dresdener Garten**“, Dresdenerstraße 45.
 Tagesordnung: 1. Aenderung des Statuts nach der Novelle vom 25. Mai 1903. 2. Verschiedenes.
Der Vorstand. 276/6
 F. H. E. Davidshäuser, Vorsitzender, H. Hertz, Schriftführer.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 13. d. M., morgens 7 1/2 Uhr findet von folgenden Lokalen aus eine Flugblattverbreitung für die Landtagswahlen statt: 1. Bezirk: Ferdinand Baasche, Potsdamerstr. 44; 2. Bezirk: Herrn Bode, Kefringstr. 25; 3. Bezirk: Emil Müller (Wolfsbau), Rosinenstr. 3; ...

Zur Flugblattverbreitung treffen sich die Genossen am Sonntag an folgenden Stellen: Für Baumshutenweg früh 8 1/2 Uhr im Restaurant Stoffeld; Baumshutenweg 84-85. Für Treptow früh 8 Uhr im Restaurant Bod, Nieshofstraße 6 und Neue Krug-Allee 62.

Wilmerdorf. Sonntagmorgen 8 Uhr findet am Orte eine Flugblattverteilung betriebsmäßig in die Wählerliste zur Landtagswahl statt. Die Bezirksleiter sowie die Mitglieder werden dringend ersucht, sich rechtzeitig darauf vorzubereiten. Treffpunkt der Genossen für den 1. und 2. Bezirk bei Katsch, für den 3., 4. und 5. Bezirk bei Wittenberg, für den 6. Bezirk bei Katsch, für den 7. Bezirk bei Dilsdorf (Galensee). Der Vorstand.

Bankow-Nieder-Schönhausen. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Treffpunkt für Kaiser Friedrichstraße, Maximilian- und Mühlentstraße bei Mierke, Berlinerstraße; für Nordbahn-Viertel, Treptow- und Schulzestraße bei Wölke, Wolanstraße 108. Alle anderen bei Dreßler, Hestraße, Ede Mühlentstraße. Treffpunkt für Nieder-Schönhausen: Anton an der Kirche; für Französisch-Buchholz bei Sähne.

Eckner. Am Sonnabendabend um 8 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei Seffe, Königsstraße 57, statt. Tagesordnung: Wahl des Vorstandes und Verschiedenes.

Röpenitz. Sonntag früh 7 Uhr Flugblattverbreitung. Treffpunkt bei den Parteigenossen A. Stippelhoff und A. Köhlig.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten, die erste nach den Sommerferien, brachte eine Reihe feierlicher Reden. Die Wiederaufnahme der Arbeiten der Versammlung, die Erkrankung des Vorsitzers Langerhans, das in den Ferien erfolgte Ableben von zwei Stadtverordneten und einem Realgymnasial-Direktor, die Einführung eines Stadtschulrats, eines Stadtrats und eines Stadtverordneten gaben Veranlassung zu einer Reihe von mehr oder weniger schön geredeten Ansprachen, in die sich der Vorsitzende Stellvertreter Michel und der Oberbürgermeister Kirchner zu teilen hatten.

Die Sitzung selber war trotz des beträchtlichen Umfangs der Tagesordnung nicht lang. Zu einer bemerkenswerten Debatte kam es nur bei der Vorlage über den Erwerb von Grundstücken für den geplanten Nordpark. Es war zu erwarten, daß diese Vorlage noch einem Ausschuss überwiesen werden würde. Aber der Stadt. Radewig (Neue Linke) begründete den Antrag auf Einsetzung des Ausschusses mit einem Argument, das Widerspruch herausforderte. Herr Radewig sagte, im Ausschuss solle unter anderem noch geprüft werden, ob der Park da wirklich so nötig sei. Jetzt noch! Als unser Genosse Stadtverordneter Singer diese Behauptung feststellte und dem freisinnigen Redner entgegen, die Notwendigkeit eines Parks für Berlin Nord sei doch wohl außer allem Zweifel, lenkte Herr Radewig ein und versuchte eine Abschwächung seiner Worte. Die Versammlung beschloß Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss.

Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, ob der Polizeipräsident ein Recht hat, den Ausfall des Schulunterrichts anzuordnen, war noch im letzten Augenblick auf die Tagesordnung gesetzt worden, sie durfte aber gestern noch nicht verhandelt werden, weil Stadt. Hillmann (Fraktion Kommune) Einspruch dagegen erhob. Singer konstatierte, daß wiederholt Anträge, die erst spät eingegangen waren, noch auf die Tagesordnung gesetzt und sofort von der Versammlung beraten worden sind. Herr Hillmann habe vermutlich das Bedürfnis gehabt, seinem Vorgesetzten über diesen ihm unangenehmen Antrag Luft zu machen. Stadt. Cassel (Alte Linke) erklärte darauf, auch er sei für Vertagung, weil die Schuldeputation sowie die Fraktion des Herrn Cassel sich zuvor noch mit der Angelegenheit beschäftigen wolle. Es handelt sich, wie die Leser des „Vorwärts“ wissen, um die Schließung der Schulen an den beiden Paradedagen, zu der der Polizeipräsident die Schulleiter durch polizeiliche Verfügung angehalten hat. Nach einem kurzen Wortgeplänkel zwischen Cassel und Singer verließ die Versammlung diesen Gegenstand, der nun in der nächsten Sitzung verhandelt werden wird. Herr Cassel hat so eine Frist von acht Tagen gewonnen, die er dazu benutzen wird, eine von Bürgerstolz strotzende Erklärung auszusprechen. Er wird wieder einmal zeigen, wie man „sich stramm aufrichten“ kann, ohne oben anzustoßen.

Ueber die Sicherheitsmaßnahmen bei Betriebsgefahren auf den Tunnelstrecken der Berliner Hochbahn fand gestern (Donnerstag) nachmittags die von uns bereits angekündigte Beratung der vom Minister der öffentlichen Arbeiten eingesetzten Kommission von Mitgliedern des königlichen Polizeipräsidenten und der königlichen Eisenbahn-Direktion statt. In dieser Konferenz, welche diebald im großen Sitzungssaal des Dienstgebäudes der königlichen Eisenbahn-Direktion am Schönberger Wer abgehalten wurde, waren auch Vertreter der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft sowie der Aktien-Gesellschaft Siemens und Halske geladen. Den Vorsitz führte der Stellvertreter des Präsidenten der Eisenbahn-Direktion, Geheimrat Regierungsrat Behrendt. In der Sitzung wurde u. a. festgestellt, daß die früher beschlossenen Sicherheitsmaßnahmen zum Teil bereits ausgeführt worden, zum Teil noch in der Ausführung begriffen sind. Die Fahrgäste der Hochbahn dürften z. B. schon bemerkt haben, daß die Schaffnerstände, welche früher schwer beweglich waren, jetzt mit Handgriffen versehen sind und auf Rollen stehen, so daß sie leicht bei Seite geschoben werden können und die Aus- und Eingänge dadurch in voller Breite frei werden. Inzwischen ist auch die Tunnelbeleuchtung ganz erheblich verstärkt worden, und zwar ist die Zahl der Lampen jetzt doppelt so groß wie früher. Die elektrische Beleuchtung der Tunnel- und Bahnsteige wird bekanntlich durch eine besondere Lichtstromleitung (nicht durch Arbeitsstromleitungen) gespeist. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Feuer-sicherheit der Wagen selbst zugewendet. Eine behördliche Untersuchung derselben, verbunden mit Brandproben, hat ergeben, daß die Sicherheits-Vorkehrungen, mit denen die Wagen schon von Anfang an ausgerüstet gewesen sind, allen an sie zu stellenden Anforderungen genügen: die Entwirkung einer Stichflamme auf die ganze Dauer einer Fahrt zwischen zwei Stationen war nicht im Stande, die Isolierhülle der Wagen irgendwie zu beeinträchtigen. — Offenlich straft ein Ernstfall diese optimistischen Ansichten nicht ab.

Die Abgabe der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, welche diese zum erstenmal an die Stadtgemeinde Berlin zu zahlen hatte, betrug nach dem Jahresabschluss der Stadthauptkasse nahezu 45 000 M. Es sind dies 2 Proz. von der Brutto-Einnahme der Hochbahn, welche so lange zu zahlen sind, als diese Einnahme den Jahresbetrag von 6 Millionen Mark nicht übersteigt; später ist für je eine Million Brutto-Einnahme mehr 1/2 Proz. mehr zu zahlen, also bis 7 Millionen Mark 2 1/2 Proz. u. s. f. Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat bekanntlich 8 Proz. von der Brutto-Einnahme zu entrichten; die Abgaben der Straßenbahn-Gesellschaften haben im letzten Etatsjahre über 104 000 Mark weniger, die der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke über 57 000 M. mehr gebracht. Der Nettobetrag der Straßenbahn-Abgabe ist also durch die Mehrabgaben der Hochbahn und der Elektrizitätswerke wieder ausgeglichen worden. Das Kapitel „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“, zu welchem diese Abgaben vereinnahmt werden, hat im Ueberschuss von 562 300 M. ergeben.

Große eheliche Fruchtbarkeit ist auch in Berlin nicht ganz so selten, wie gewöhnlich angenommen wird. Die meisten der Berliner Ehefrauen bringen es allerdings nur auf 3, 4 oder 5 Kinder, aber daneben finden sich doch auch nicht wenige, die 10, 15, ja 20 und mehr Kindern das Leben geben. So weist der kürzlich erschienene Monatsbericht des Berliner Statistischen Amtes für den Juli 1903 nach, daß in diesem Monat drei Mütter je ihr 22. Kind und eine ihr 24. Kind bekam. Die Geburt eines 22. Kindes ist auch aus dem Februar des laufenden Jahres gemeldet worden, die Geburt je eines 20. aus dem Februar, dem April und dem Mai. Im Jahre 1902 wurden in Berlin gleichfalls drei 20. Kinder geboren, ferner zwei 22. und ein 23. Kind. Das Jahr 1901 hatte vier 20. Kinder zu verzeichnen, drei 21., ein 23. und ein 25. Kind. 28 Kinder von ein und derselben Mutter, das ist in Berlin die höchste eheliche Fruchtbarkeit, die aus neuerer Zeit bekannt geworden und landesamtlich „festgenagelt“ worden ist. Aber eine ähnliche Höhe wurde auch in den neunziger Jahren erreicht. 1893 und 1890 wurde je ein 26., 1898 ein 27. Kind von Berliner Müttern zur Welt gebracht.

Die Arbeiter-Vaugenossenschaft Paradies, über deren Versammlungen wir mehrfach berichtet haben, sendet uns über den Stand ihrer Unternehmungen u. a. folgende Mitteilungen zur Veröffentlichung zu: Mit 50 Pf. wöchentlichem Beitrag für ein Haftgeld von 24 M. und zu einer Spareinlage von 216 M. erwirbt jedes Mitglied das Recht auf eine Wohnung von 2-3 Zimmern mit Bade-einrichtung nebst Zubehör und kleinem Garten in einem ein- oder zweistöckigen Hause bei äußerst billigen, auch für den wirtschaftlichen Schwachen erschwinglichen Mieten. Ausscheidende Genossen erhalten ihre Einzahlungen zurück. Jede Spekulation und Wertsteigerung zu Gunsten eines Einzelnen ist ausgeschlossen. Schaffung und Wahrung genossenschaftlichen Gutes zur Befreiung des Wohnungselends für immer größere Kreise ist das hohe Ziel, das sich diese Genossenschaft gesetzt hat. Groß ist bereits die Zahl derer, die sich bisher vereinigt haben zu diesem Ziele, aber nur schwach und unzureichend sind ihre Kräfte, allen in kurzer Zeit das ersehnte Heim zu bieten und Erlösung aus dem Wohnungselend zu bringen. Schwer insbesondere ist die Beschaffung des erforderlichen Baugrundes bei den durch die Grundstückspekulation enorm gestiegenen Preisen in den Vororten Berlins. Aber schon ist eine Möglichkeit gefunden, laut Schlussschein bis zum 1. November cr. ein in jeder Beziehung geeignetes Gelände für 1500 Wohnungen zu erwerben durch Anzahlung von 80 000 M. auf den Betrag von 240 000 M. Mit der Anzahlung wäre die Genossenschaft in ihrer Existenz gesichert, ohne diese aber müßte das ganze Werk auf Jahre hinaus verschoben werden. Ohne Aufbietung aller Kräfte wird es nicht möglich sein, eine solche Summe in so kurzer Zeit aufzubringen. Näheres darüber ist zu erfahren außer bei allen Vorstandsmitgliedern auch bei dem derzeitigen Vorsitzenden G. Kofke, Berlin SO., Wienerstraße 29, parterre.

Der Schauspieler Harry Walden vom Berliner Theater ist verschunden. Die Direktion des Theaters sendet den Zeitungen folgende Mitteilung zu: „Herr Harry Walden hat in den letzten Jahren in wiederholten Fällen das Berliner Theater durch Pflichtvergeßlichkeit — er war oft tagelang nicht aufzufinden — schwer geschädigt. Bisher wurden diese Vorfälle, die oft in letzter Stunde zu Abänderungen einer Vorstellung führten und auch das Publikum beeinträchtigten, so weit als möglich beschwichtigt, um die Zukunft des Herrn Walden nicht zu schädigen. Gestern stand die Kasse „100 000 Thaler“ auf dem Spielplan, die einzige Vorstellung, in der die Rolle des Herrn Walden noch nicht durch einen anderen Künstler besetzt war. Herr Walden erschien nicht, er hatte Berlin heimlich verlassen, und die Vorstellung mußte in letzter Stunde abgeändert werden. Das zahlreiche erschienene Publikum verließ unter Entrüstungsbekundungen das Theater.“

Mit einem Handwagen tödlich verunglückt ist gestern, Donnerstag, nachmittags, ein unbekannter Mann in der Veteranenstraße. Als er die abschüssige Straße hinabfuhr, verlor er die Gewalt über seinen Wagen, der mit einem Faß Petroleum beladen war. Der Wagen prallte nun gegen die Bordkurve. Hierbei flog die Lenkstange herum und schlug den Mann zu Boden und das Faß fiel vom Wagen auf ihn. Bewußtlos wurde der Verunglückte, der sich schwere Rippenbrüche und innere Verletzungen zugezogen hatte, nach der Charité gebracht, wo er bald nach der Aufnahme verstarb. Es ist ein Mann im Anfang der vierziger Jahre. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden. Das Petroleumfaß platzte und lief aus.

Eine wohl noch nicht dagewesene Verkehrsstörung entstand vorgestern abend 9 Uhr im Spreetunnel. Der Schlächtermeister W. in Stralau hatte ein Pferd gekauft. Als das ebke noch elender Ansehung geführt werden sollte, erwachte der Freiheitsdrang in ihm; das Tier riß sich von seinem Führer los und rannte an der Stralauer Seite geradeaus in den Straßenbahn-Tunnel hinein. Bei dem regen Verkehr im Tunnel war die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls sehr groß, es ist daher nicht hoch genug anzuschlagen, daß ein Glasarbeiter, der Zeuge der Flucht war, Geistesgegenwart genug besaß, dem Pferde zu folgen und den Führer des Wagens, der von der Treptower Seite abgegangen war, durch lautes Rufen zum Halten aufzufordern. Dieser Jued wurde auch zum Glück erreicht; immerhin lief das Pferd gegen den Wagen und holte sich einige Verletzungen. Es gelang mit nicht allzu großer Mühe, das Tier herauszuholen und so den Verkehrsweg frei zu machen.

Keine Fleischvergiftung. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei lassen es zweifelhaft erscheinen, ob bei der Frau Anhäuser und ihren zwei Kindern und dem Straben des Ehepaars Päch eine Fleischvergiftung vorliegt. Es hat sich herausgestellt, daß die Pächschen Eheleute bei ihren Angaben den Ärzten wesentliche Dinge verschwiegen haben, indem sie von einem Obduzenten nichts sagten. Nun ermittelte aber die Kriminalpolizei, daß Frau Päch, die in armen Verhältnissen lebt und sich mit ihrer Familie schon länger ohne eigene Wohnung in Berlin aufhielt, wiederholt die Markthalle am Alexanderplatz besuchte, um schlechtes Obst anzufaufen. Dieses aß sie nicht nur selbst, sondern sie gab es auch ihren Kindern, nachdem sie das ganz Unkrautbare wieder abgefondert hatte. Die Eheleute Päch konnten hierüber noch nicht vernommen werden, da sie bei Wackermarkt nicht mehr wohnen, sondern „unbekannt“ verzogen sind. Den Ärzten war nur vom Fleischgenuss etwas bekannt und die Erscheinungen an den Kranken deuteten auch alle auf eine Fleischvergiftung hin. Obduzierungen zeigen aber fast oder ganz dieselben Erscheinungen. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß Frau Päch beim Abendbrot wieder von ihrem verdorbenen Obst herumgerichtet hat. Das verwendete Kindfleisch kann kaum schlecht gewesen sein. Von demselben Stück, von dem es stammte, wurde in der Markthalle noch etwas ermittelt und als gesund befunden. Der Schweinebraten aber ist, wie wir schon mitteilten, in der Restauration ganz verzehret worden, ohne jemand Schaden gebracht zu haben.

Aus Angst vor der ihr drohenden Ermittlung hat die Kaufmanns-wittwe Louise G. sich das Leben zu nehmen versucht, indem sie vom Rathenow-Ufer aus in den Landwehrkanal sprang. Sie ernährte sich mühsam durch ihrer Hände Arbeit, konnte aber in letzter Zeit infolge ihrer Kränklichkeit nur wenig verdienen und mußte deshalb zwei Monate Mietschuld bleiben. Der Hauswirt drohte ihr deshalb mit Ermittlung, was sich die arme Frau so zu Herzen nahm, daß sie den Tod im Wasser suchte. Ihre That wurde jedoch bemerkt und es gelang, die Ertrinkende in Sicherheit zu bringen. Sie wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Der neue Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag von 2 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. An diesem Tage wird auch das im unteren Teile des Gartens gelegene kleine Kolonial-Pflanzenhaus, in welchem die wichtigsten Kugzungen unserer Kolonien ausgestellt sind, dem Publikum zugänglich sein. Kinder unter 10 Jahren ist der Zutritt nicht gestattet, auch ist das Betreten der Baupläge verboten. Kinder im Alter von 10-14 Jahren dürfen nur in Begleitung von je einem Erwachsenen den Garten betreten.

Cirkus Busch hat gestern seine Vorstellungen begonnen. Massenhaftigkeit, wohin das Auge blickte. Von der Galerie bis zum Parquet herab alles besetzt. Reihe um Reihe eine schaulustige Menge. Und drinnen in der Manege? Wir wollen das Ensemble vorab nur aufzählen und von der künstlerischen Differenzierung absehen: 123 Pferde, 12 Elefanten, 12 Löwen, 6 Hirsche und 3 Zebros traten in der ersten Vorstellung auf und außerdem noch Künstler und Künstlerinnen der Gattung homo sapiens, die ebenfalls in Quantität und Qualität imponant erschienen. Diese Massenhaftigkeit wirkt beinahe erschreckend. So wenn der Raum von 18 Meter Durchmesser von 12 Elefanten, 3 Zebros und 50 Pferden angefüllt ist und dies Gewimmel in harmonischer Gruppierung um einander herumspaziert. Ober wenn Herr Direktor Busch seine Dressirkünste an edlen Pferden vor-gesührt hat und dann der Dank für solche hervorragenden Leistungen sich in beinahe unabherrschbarem Krampf und Blumenpenden ergießt. Das muß auch dem blödesten Gemüt imponieren und ihm in seinem tristen Alltagsdasein einen Schimmer von höherer Herrlichkeit beibringen. Daß es dieser Fälle nicht an originellen Einzelheiten, sozusagen an bahnbrechenden Schöpfungen des Menschengeistes gebricht, versteht sich. Der hat schon einmal einen Elefanten als Chauffeur auf einem Motorwagen fahren sehen, wer einen Hund gelammt, der dem Menschen nach künstlerischen Prinzipien die Kleider vom Leibe reißt? Bei Busch sind außer den Reiterkünstlern des Herrn Hootitt und anderer auch solche Kunstleistungen zu sehen. Und nun erst die eigentlichen Woddsachen. Zunächst die Schießensache, jene amerikanische Ertragschasse aus der vorigen Saison, bei der der Jäger für einen Augenblick auf dem Kopf steht. Diese Leistung wird im Cirkus Busch von Herrn Wünder ausgeführt. Der einjährige Held der Adrenalinbahn überbietet sich dann noch durch einen halb-drehenden Luftsprung, den er mit seinem Rade quer durch die Manege riskiert. Weiter aber die „letzte Reue“, die Löwenkraut Wik Claire Heliat, eine Dame von wunderbaren Eigenschaften. In einem Gesellschaftskostüm von einem zum Anbeißen weiten Ausschnitt betritt die Wik die zum Käfig umgefallene Manege und geht mit ihren Löwen um als ob es zappelnde Liebhäber wären. Den Schluß der Vorstellung bildet eine Hirschjagd mit hervorragenden Reiterleistungen.

Eine Anzahl Arbeiter-Sportvereine haben sich dieser Tage zusammengesunden, um das zweite Arbeiter-Sportfest vorzubereiten. Es waren Segel- und Ruderklub, sowie Radfahrer-, Turn-, Schwimm- und Fußballvereine vertreten. Man kam überein, all-jährlich ein Sportfest zu veranstalten, auf welchem der Arbeiterschaft die gesundheitsfördernden Wirkungen des Sports vor Augen geführt werden sollen. Die Zusammenkunft endete mit dem Beschluß, im Frühjahr 1904 in Marienborn eine weitere Beratung der in Betracht kommenden Sportvereine stattfinden zu lassen, in der das weitere zu erledigen ist. Die Sportvereine, welche nicht anwesend waren und an der Veranstaltung teilnehmen möchten, erfahren näheres bei Stödel, Berlin S. 28, Rottbuser Ufer 26.

Theater. Das im Residenz-Theater am Sonnabend, den 12. September zur Erstaufführung gelangende einaktige Lustspiel „Sphinx“ von Marie delle Grazie ist ihrem Einakter-„Gulius „Zu spät“ entnommen, der in vergangener Saison am Wiener Burgtheater mit Erfolg zur Darstellung gebracht wurde. Bei der heutigen Aufführung von „Sphinx“ wird Hans Wagan die Hauptrolle spielen. Dessen „Lover de rideau“ folgt als Novität der dreiaktige Schwank „Das beste Mittel“ (Le bon moyen) von Alex. Dizon, frei bearbeitet von Benno Jacobson. — Kapellmeister Kapeller, der noch von seiner Dirigententätigkeit bei dem Gastspiel des Gabor Steiner-Ensemble im Central-Theater her bei dem Berliner Theaterpublikum in bester Erinnerung steht, ist in Berlin eingetroffen, um in Apollo-Theater die Einstudierung der Straußschen Operette „Frühlingslust“, die an der genannten Bühne ihre erste Aufführung in Deutschland erleben wird, zu leiten.

Aus den Nachbarorten.

Kasre Nachbarstadt Charlottenburg beabsichtigt eine große Central-Markthalle in der Nähe der Ringbahn an der Kreuzung der Leibniz- und Rommsenstraße bez. Niebuhrstraße anzulegen und hat zu diesem Zweck Verhandlungen wegen Erwerb der erforderlichen Grundstücke an der Rommsen-, Niebuhr- und Leibnizstraße, sowie wegen eines Anschlußverkehrs mit der kgl. Eisenbahnverwaltung eingeleitet, um den Seilanschluss mit dem Bahnhof Charlottenburg zu sichern. Im Fall die freihändige Erwerbung der Grundstücke, die zum Teil der Wohnungsgesellschaft Kurfürstendamm gehören, auf Schwierigkeiten stoßen sollte, wird die Enteignung der Grundstücke in Erwägung gezogen.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung nahm am Mittwoch, in der ersten Sitzung nach den Ferien, u. a. Kenntnis von dem Jahresabschluss der Stadthauptkasse für 1902. Der Abschluss ist ein recht günstiger, der Ueberschuss beträgt 603 798 M., während der Ueberschuss des Jahres 1901 sich nur auf 263 737 M. belief. In erster Linie ist dies Resultat auf den größeren Ertrag aus den städtischen Gastwerken zurückzuführen. — Nach Ueberlegung einer Reihe von Vorlagen ohne allgemeines Interesse beschäftigte sich die Versammlung mit den Einsprüchen gegen die Richtigkeit der Gemeinde-Wählerliste. Die Liste ist für 4773 Personen nachgesehen worden, darunter 2273 Einzelpersonen, während für die übrigen Beauftragte Einsicht genommen haben. Im ganzen sind 62 Einsprüche eingegangen. Diefelben wurden einem Ausschuss, dem von der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Pasche angehört, zur Prüfung überwiesen.

Ueber ungläubige Schulkinder wird uns aus Waidmannslust berichtet. Dort haben in der Gemeindeschule zwei Lehrer 150 Kinder zu unterrichten. Für kleinere wie auch für größere Kinder gab es bis dahin täglich nur zwei Stunden Unterricht, ja für die jüngeren fiel an einem Tage der Woche der Unterricht ganz aus. Ein im Verhältnis beträchtlicher Teil dieser sehr bescheidenen Zeit fällt natürlich noch auf den Religionsunterricht. Es kommt noch hinzu, daß der eine der Lehrer jeden Tag nach dem Dorfe Lohbars reißt, um dort Unterricht zu geben. Was sollen unter solchen kulturwidrigen Umständen die Kinder lernen? Zwar heißt es, daß am 1. Oktober endlich ein dritter Lehrer eintreten soll, doch sind die Einwohner in dieser Hinsicht recht ungläubig geworden. Zur Beleuchtung der Schulkinderverhältnisse findet heute abend im Bergschloß-Restaurant eine öffentliche Versammlung statt, welche die Interessenten hoffentlich zahlreich besuchen werden.

Die Unterhaltungen im Köpenicker Konsumverein „Vorwärts“...

Verfammlungen.

Weihensee. Eine stark besuchte öffentliche Holzarbeiter-Ver-

englischen Segelbootes geglaubt hat, das Boot sei untergegangen...

Abfuhr im Gebirge. Der 21jährige Otto Laubheimer, Sohn des Wiener Bildhauers Joseph Laubheimer...

Marktpreise von Berlin am 9. September 1903. nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Gerichts-Zeitung.

Dem Kampf gegen Streikposten. Vier Metallarbeiter (Albrecht und Genossen) waren vom Landgericht Berlin in zweiter Instanz...

Vermischtes.

Die Vorgänge im Gerichtsgefängnis zu Hannover haben ver-

Briefkasten der Redaktion.

M. W. 100. Wenden Sie sich an das Berliner Gewerkschaftsbureau...

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends...

Die Angeklagten legten Revision ein und beantragten ihre...

Eine solche allgemeine Befugnis könne doch aber um-

Das Kammergericht unter dem Vorsitz des Herrn...

Zum Kapitel „Was einer anständigen Frau in Berlin passieren kann“...

Ein Blutsauger schlummert. Zu dem Kapitel „Artisten-...

Hier Menschen ermordet. Ueber eine gräßliche Mordthat bei...

Wichtige Nachrichten aus Marseille liegen in folgender Mit-

Die vermissten Seeleute von der „Kampfenborg“. Die sechs...

Abk. 105. 1. Was ist bei der Steuerberechnung in Bezug...

Das Ober-Verwaltungsgericht befindet sich in Berlin, Markgrafstr. 46.

Das Ober-Verwaltungsgericht befindet sich in Berlin, Markgrafstr. 46.

Das Ober-Verwaltungsgericht befindet sich in Berlin, Markgrafstr. 46.

Das Ober-Verwaltungsgericht befindet sich in Berlin, Markgrafstr. 46.

Wetterungsüberblick vom 10. September 1903, morgens 8 Uhr.